

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 44.

Berlin, den 2. November 1913.

14. Jahrgang.

Ein professoraler Gewerkschaftsgegner

Bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war diejenige Wissenschaft, die sich mit der Erforschung der wirtschaftlichen Tatsachen und deren Zusammenhänge nach Ursache und Wirkung befaßt, der Gewerkschaftsbewegung feindlich gesinnt. Die Nationalökonomie — denn um diese handelt es sich — stand noch in den ersten Anfängen. Die Epigonen des großen Schotten Adam Smith, der bereits im Jahre 1776 eine zusammenfassende Darstellung der wirtschaftlichen Erscheinungen gebracht hatte, glaubten noch immer an das Werk des Meisters wie an ein Evangelium. Adam Smith stand unter dem Eindrucke des alten Polizeistaates des 17. und 18. Jahrhunderts. Er begriff bereits, daß eine neue Zeitperiode, die des Industrialismus, angebrochen war. Bei ihm erscheint es auch verständlich, daß er die Beseitigung der staatlichen Bevormundung forderte.

Hatte Adam Smith schon auf die wirtschaftliche Freiheit zu große Hoffnungen gesetzt, so suchten ihn die Nachkommen noch zu übertrumpfen. Alle Schwierigkeiten, alles soziale Elend war nach ihrer Meinung nur darauf zurückzuführen, daß zu wenig Freiheit vorhanden sei. Kein Wunder, daß unter dem Eindruck der harten Wirklichkeit solche Oberflächlichkeiten nicht ausreichten, und so stürzte denn das stolze Gebäude der nationalökonomischen Wissenschaft zusammen. In den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts waren es Männer wie Brentano, Schmoller, Adolph Wagner u. a., die einen Umschwung herbeiführten. Auch sie waren überzeugt, daß der alte Polizeistaat des 17. und 18. Jahrhunderts nicht wieder zum Leben erweckt werden könnte; andererseits war es ihre Überzeugung, daß der Staat Leben und Gesundheit der wirtschaftlich Schwachen zu schützen habe durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen. Auch darüber herrschte Einverständnis, daß den Arbeitern das Recht, sich zusammenzuschließen, wieder gegeben werden müßte. Vor allen war es Brentano, der die englischen Gewerkschaften studierte und durch seine beiden Werke: „Die Arbeitergilden der Gegenwart“ und „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“, eine gewerkschaftsfreundliche Stimmung in wissenschaftlichen Kreisen vorbereitete.

Ein Menschenalter ist seit jener Zeit verfloßen, die ökonomische und soziale Struktur des deutschen Volkes hat sich in diesen Jahrzehnten vollständig verändert. Heute sind es nicht mehr die grünen Acker und Wiesen, die dem Anblick unseres mächtigen Vaterlandes ihr Gepräge aufdrücken, sondern die Industriegebiete und Großstädte mit ihren zum Himmel ragenden Schloten. Wo einst der Landmann den Boden mit Pflug und Egge bebaut, da dröhnen heute die Dampfhammer und rasselnd die Walzen. Ein riesiges Eisenbahnnetz ist in wenigen Jahrzehnten entstanden und glitzernde Kupferdrähte, die blitzschnell die Ereignisse anderer Erdteile berichten, durchziehen das Land. Eine Industrie, die sich einen ansehnlichen Platz unter den Kulturvölkern erobert hat, ist geschaffen worden, dabei wurde nicht minder die Stärkung der deutschen Landwirtschaft betrieben und auch erreicht. Durch soziale Gesetze suchte man dem Arbeiter zu helfen, durch ihre Gewerkschaften suchten die Arbeiter sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaften eine übermäßige Macht

erlangt haben, die Unternehmer haben durch ihren Zusammenschluß das Gleichgewicht mehr als gehalten. Ueberblickt man die Gesamtentwicklung und verteilt Licht und Schatten gleichmäßig, dann muß man sagen: wenn die Theorie die geistige Erfassung der Wirklichkeit bedeutet, wenn sie die Aufgabe hat, so weit wie möglich, den richtigen Weg in die Zukunft zu weisen, dann kann man nicht behaupten, daß die nationalökonomische Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten falsche Bahnen eingeschlagen habe. Alle Prophezeiungen der Unternehmer der Großindustrie haben sich nicht erfüllt, und daher hat man ihre Ansichten auch nur als einseitige, übertriebene Interessenmeinung gewertet.

War in den letzten Jahrzehnten die Wissenschaft der Gewerkschaftsbewegung nicht feindlich gesinnt, so scheint sich in den letzten Jahren jedoch ein Umschwung zu vollziehen. Einige Großstädte haben Handelshochschulen eingerichtet, die von jungen Kaufleuten und späteren Leitern der Industrie besucht werden. Die Gelehrten dieser Hochschulen oder, richtiger gesagt, einzelne von diesen suchen nun nachzuweisen, daß die Gewerkschaftsbewegung in den Abgrund führe, so ungefähr, wie es die Unternehmerpresse seit Jahren behauptet.

Zu diesen gehört auch Herr Professor Weber in Köln. Er ist bekannt geworden durch sein Buch „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“. Ueber dieses Buch hat sich eine lebhafteste Debatte entwickelt, die anfangs im „Zentralblatt“, dann auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Dresden weitergeführt wurde. Es ist nun nicht uninteressant, daß Weber frisch behauptet, er sei überhaupt kein Gegner der Gewerkschaftsbewegung. In Nr. 26 des „Zentralblattes“ vom vergangenen Jahr jagt Weber in einer Polemik gegen Dr. Wohlmannstetter:

„Ich bedauere nunmehr bereits zum dritten Male, feststellen zu müssen, daß Herr Dr. W. bei seiner Polemik gegen mich nicht auf dem Boden der Tatsachen bleibt. Insbesondere erhebe ich entschieden Einspruch dagegen, daß er mich „wissenschaftlichen Gewerkschaftsgegner“ nennt.“

Weber zitiert dann einige Sätze aus seinem Buch, womit er beweisen will, daß er kein Gegner der Gewerkschaftsbewegung sei. Solche Sätze besagen indes nicht viel. Es ist richtig, daß Weber nicht direkt gegen die Gewerkschaftsbewegung Stellung nimmt. Aber darauf kommt es auch gar nicht an, sondern wichtig ist, welche Stellung er zur Lohnfrage usw. einnimmt. Erhöhen sich die Löhne ohne Gewerkschaft, dann ist sie überflüssig. Schäden die Lohn-erhöhungen, die die Gewerkschaft zu erringen sucht, dann wird auf die Dauer keine Gewerkschaft möglich sein. Und gerade in der Behandlung der Lohnfrage und den Wirkungen, die sich aus der Gewerkschaftsarbeit ergeben, ergibt sich auch die Gegnerschaft Webers gegen die Gewerkschaft. Daß die neue Richtung die Konsequenzen aus ihren Ausführungen nicht zieht, scheint Taktik zu sein. Doch geben wir Weber selbst das Wort. Bezüglich der Lohn-erhöhungen sagt Weber:

„Sicher ist jedenfalls, daß die Löhne auch steigen können und auch sehr beträchtlich gestiegen sind ohne Koalitionen der Arbeiter und ohne Streiks.“ („Kapital und Arbeit“, Seite 542.)

Wenn das wahr ist, dann ist die Gewerkschaft doch überflüssig. Wir haben bis jetzt praktisch die Beobachtung gemacht, daß die Löhne in der Regel nicht steigen und können aus tausend Fällen schließen, daß der Unternehmer als Geschäftsmann seinen Arbeitern keine 6 % zahlt, wenn er sie für 5 % bekommen kann. Oder kann Herr Prof. Weber solche Unternehmer namhaft machen? Weber ist weiter der Ansicht, auf die er besonders aufmerksam

zu machen sucht, daß die Lohn-erhöhungen nicht zuletzt auf die schlechtbezahlten Arbeiter abgewälzt werden. Weber meint:

„Wenn die Arbeiter ihre Streikerfolge zu guter Lezt vorwiegend erzielen nicht auf Kosten der Reichen, sondern auf Kosten der Minderbemittelten, dann wird ein großer Teil der Sympathie der öffentlichen Meinung, die heute mit Vorliebe auf Seiten der Gewerkschaften steht, sich in Gleichgültigkeit verwandeln, vielleicht sogar auch in Antipathie.“ (Seite 543.)

Weber ist dann der Ansicht, daß christliche Arbeiter es sich doppelt überlegen müßten, ob sie unter diesen Umständen noch einen Streik wagen könnten. Können die Lohn-erhöhungen nicht durch Mehrleistungen ausgeglichen werden, so ergibt sich eine Preissteigerung. Müßten die Preissteigerungen getragen werden von schlechtgelohnten Arbeitern, so wäre das bedauerlich, aber auch wenn die Preissteigerungen von reichen Beuten getragen werden, ist dieses schädlich, denn da die Reichen sich nicht einschränken werden mit ihren Ausgaben, so wird eine Verminderung der Kapitalbildung eintreten. Weber führt hierzu aus:

„Zudem steht der geringen Anteilnahme der reichen Bevölkerung an dem infolge des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit gestiegenen Preisen eine in ihren Folgen mindestens ebenso beträchtliche Reduzierung der Kapitalisierung gegenüber.“ (Seite 549.)

Aber auch die Gewinne der Unternehmer zu kürzen, hat nach Weber wenig Zweck, dadurch können doch die Löhne nicht bedeutend erhöht werden. Es wird gesagt:

„Selbst wenn es den Arbeitern gelingen sollte, den Unternehmerlohn (d. h. also Unternehmereinkommen weniger Rente, Risikoprämie und Zins) so niedrig zu halten, als notwendig ist, um genügende Initiative zu neuen Unternehmungen lebendig zu erhalten, der dadurch gebildete Fonds ist so außerordentlich geringfügig, daß dadurch der Soziallohn nur um eine lächerlich geringe Summe erhöht werden könnte.“ (Seite 559.)

In einer Polemik gegen Brentano wird die Ansicht vertreten:

„Aus dem Gesagten glaube ich den Schluß ziehen zu dürfen, daß es Brentano nicht gelungen ist, den Nachweis zu führen für seine Lehre, „den Arbeitern sei es möglich, durch Koalition dauernd sowohl den Lohnsatz in einzelnen Gewerben als auch den Durchschnittslohn aller Arbeiter zu steigern.“

Nachdem so gegen alle Autoren, die Lohn-erhöhungen durch die Tätigkeit der Gewerkschaften für möglich halten, polemisiert worden ist, könnte man der Ansicht sein, Professor Weber würde Tatsachenmaterial aus der Praxis beibringen und selbst den Beweis führen, daß Lohn-erhöhungen durch die Gewerkschaftsarbeit gar nicht möglich sind, ohne daß die Volkswirtschaft Schaden erleidet. Wer dieses erwartet, wird enttäuscht. Das ist aber auch gar nicht Webers Absicht. Er ging, als er sein Buch schrieb, von der Voraussetzung aus, die Gewerkschaften sind schädlich. Alle Zitate, die sich in dem Sinne verwenden lassen (daß die Gewerkschaften schädlich sind), werden zusammengefaßt und durch allerlei Behauptungen bekräftigt. So sieht Weber nichts als Schatten, darüber können auch die vielen „Wenn“ und „Aber“ nicht hinweghelfen. Auf Seite 562 wird die Behauptung aufgestellt, daß in Gewerben, in denen die Arbeiter schon organisiert sind, durch eine Arbeitszeitverkürzung keine Erhöhung der Leistung in Aussicht steht. Auch Unterernährung kommt in diesen Gewerben nicht mehr vor, so daß auch hierdurch eine Erhöhung der Arbeitsleistung nicht zu erwarten ist. Das sind natürlich Behauptungen, für die Weber hoffentlich demnächst den Beweis erbringt.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe haben noch andere Wirkungen:

„Je mehr durch die Folgen der fortwährenden Kämpfe (Preisveränderungen, Produktionsänderungen, Verteilungen, Rückgang der Intensität der Arbeit, Rückgang der Unternehmer und Erfindertätigkeit) auch in Deutschland eine ähnliche Stagnation der Volkswirtschaft eintritt, wie sie jetzt bereits in England Wirklichkeit geworden ist, um so mehr werden es die Arbeiter empfinden, daß der gewerkschaftliche Kampf nicht zum Ziele führt.“ (Seite 569.)

Es ist natürlich ausgeschlossen, das ganze Buch so zu zitieren, wie es notwendig wäre. Aber das Angeführte dürfte auch genügen. Fassen wir zusammen, wie nach Weber die Verhältnisse liegen. Die Löhne erhöhen sich auch ohne Gewerkschaften, oder die Lohnerhöhungen werden auf die Kinderheimstätten abgewälzt. Gelingt es nicht, die Lohnerhöhungen durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung auszugleichen, dann ist eine Preissteigerung der Waren unvermeidlich. Eine Erhöhung der Arbeitsleistung ist nach Weber so gut wie ausgeschlossen. Werden die erhöhten Preise von den Konsumenten getragen, so wird dadurch, da sie sich nicht einschränken werden, die Kapitalbildung eingeschränkt, und das ist nach Weber schädlich. Eine Verminderung der Unternehmerrgewinne hat keine Bedeutung für Lohnerhöhungen, denn die Summe ist lächerlich gering. Weitere Wirkungen der gewerkschaftlichen Kämpfe sind: Verminderung der Arbeitsstunde, Rückgang der Erfindertätigkeit usw., und zum Schluß verlagerten sich die Kämpfe.

So Herr Professor Weber. Alle Lohnerhöhungen durch die Gewerkschaften sind schädlich, also was sollen sie noch? Wenn er diesen Schluß nicht gezogen hat, daß die Gewerkschaften schädlich sind und direkt unterdrückt werden müssen, so ist das entweder auf Mangel an Mut zurückzuführen, oder Herr Prof. Weber ist Freund der gelben Gewerkschaften. Für diese ist er nicht nur kein wissenschaftlicher Gegner, sondern er ist ihr wissenschaftlicher Begründer. Sein gesellschaftliches Ideal ist eine große Anzahl sehr reicher Leute, die tragen ja, nach Webers Meinung, zur Sozialbildung am meisten bei. Die Arbeiter haben die Aufgabe, möglichst viel zu arbeiten und sollen sich mit dem ihnen gezahlten Lohn zufrieden geben. Das ist in der Tat das Programm der Gelben. Für uns steht und fällt mit der Möglichkeit der Lohnerhöhungen jede Gewerkschaftsbewegung. Wer die Bestrebungen zur Erhöhung der Löhne für zwecklos oder gar schädlich hält, der ist Gegner der Gewerkschaftsbewegung. Aber das Thema der Lohnerhöhungen ist eine ernstliche Diskussion zweifellos am Platze. Darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß sich für die Lohnerhöhungen bestimmte, nicht zu überschreitende Grenzen ergeben, ist kein Verdienst von Weber, sondern diese Frage ist von Ad. Wagner und Philibovich in ihren Werken ausführlich behandelt, bevor Weber sein Buch schrieb. Der Webers Buch gelesen hat, wird nicht zweifelhaft darüber sein, daß wir es hier mit einem Gewerkschaftsgegner zu tun haben, der viel gefährlicher ist als die, mit denen wir es sonst zu tun haben.

Zuf den Streit, daß die nationalökonomische Wissenschaft zu erforschen hat, was ist und nicht ist, was sein soll, brauchen wir hier nicht einzugehen. Herr Prof. Weber tut gut, seine eigenen Forderungen bei seiner eigenen Forschungsmethode zuerst konsequent durchzuführen, dann wird er wohl auch zu einer anderen Beurteilung der Wirkungen der gewerkschaftlichen Kämpfe kommen. Im übrigen glaube ich, man „Gewerkschaftsfreunde“ mit den Aussagen des Herrn Prof. Weber gut, wenn sie sich möglichst wenig unserer Bewegung aufdrängen, denn ihre Dienste können wir gut entbehren. Wenn Herr Prof. Weber aber glaubt, er könne unsere Gewerkschaftsbewegung für seine Zwecke gebrauchen, so kann er versuchen, daß er eine bestimmte Entschädigung erhalte.

Baukredit und Wohnungsfrage

Die gegenwärtig die Öffentlichkeit besonders interessierende Frage der Beschaffung des Baukredits steht mit der Wohnungsfrage in enger Beziehung. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der vielerorts in die Erscheinung tretende empfindliche Mangel an Kleinwohnungen im wesentlichen hervorgerufen ist durch die immer ungünstiger gewordenen Verhältnisse an den häuslichen Hypothekensparitäten. Die Zeiten sind scheinbar vorbei, wo die Verschönerung im Wohnungsbau von den privaten Kapitalisten genützt und bevorzugt wurde. Die Erschließung von Kleinwohnungen durch das private (gewerkschaftliche) Bauunternehmertum liegt fast gänzlich darnieder, denn weil die Beschaffung der hypothetischen Kreditkapitalien dem als ein fast unüberwindliches Hindernis empfunden wird, so ist die Zahl der Bauunternehmer (gewerkschaftlichen) in den letzten Jahren sehr gering geblieben. Es ist natürlich, daß dieser Zusammenhang zwischen Baukredit und Wohnungsfrage in der Öffentlichkeit nicht

unbeachtet bleiben konnte. Ueber die Kreise der direkten Interessentengruppen hinaus haben sich besonders die Wohnungsreformer mit der Frage der Kreditnot am Bauplatz und deren weitreichenden Folgen befaßt. Sie, wie auch gewisse Interessentengruppen sind dafür eingetreten, daß, um der herrschenden Wohnungsmisere zu steuern, die Beleihung von Grundstücken, Bauten und Häusern möglichst erleichtert werden sollte, und daß die öffentlichen Körperschaften, Kommunen, Staat und Reich hierzu ihre hilfreiche Hand darbieten. Wir stehen, wie wir bereits in einer der letzten Nummern angedeutet haben, diesen Bestrebungen durchaus sympathisch gegenüber, denn als Bauarbeiter haben wir alles Interesse daran, daß in die ungesunden Verhältnisse am Bauplatz wieder Ordnung gebracht und so der Boden für eine bessere Bautätigkeit vorbereitet wird. Aber nicht scharf genug hervorheben kann man hierbei die Forderung, daß die von Staat und Kommune einzuleitende Hilfsaktion am letzten Ende nicht auf eine einseitige finanzielle Unterstützung der verhältnismäßig kleinen Gruppe der direkten Interessenten hinausläuft, sondern daß gleichzeitig den Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnungswezens überhaupt in weitestgehendem Maße Rechnung getragen wird. Die Gefahr, ja Wahrscheinlichkeit liegt ohnehin vor, daß bei der Zülfügung kommunaler oder staatlicher Mittel diese nicht nur den wirklich soliden und kreditwürdigen Elementen am Bauplatz zugute kommen, sondern daß sie auch von Leuten in Anspruch genommen werden, die diese Hilfe in keiner Weise verdienen, wir meinen in die Kategorie geratene Terrainpekulanten und schwindelhafte Bauunternehmer. „Da müßte“ — wir folgen hier dem durchaus mittelstandsfreundlichen „Reichsboten“ — „mindestens in Form bindender Verpflichtungen festgestellt werden, daß die Ziele einer gesunden Wohnungspolitik gleichzeitig gefördert werden. Wir meinen, daß neben den finanziellen Interessen einer Minderheit die volkswirtschaftlichen (und sozialen) Grundzüge einer verständigen Wohnungsreform nicht außer acht gelassen werden dürfen.“ Diese Forderung dürfte durchaus nicht unangebracht sein.

Im Zusammenhang mit der Baukredit- und Wohnungsfrage ist auch die Forderung nach Einrichtung eines Bürgschafts fonds des Reiches für die von den Gemeinden angelegenen zweiten Hypotheken erhoben worden. Das Reich sollte also einen Garantiefonds schaffen, aus dem die Ausfälle, die bei der Hypothekenausleihung seitens der Gemeinden entstanden sind, gedeckt werden. Man will mit diesem Fonds erreichen, daß die heute noch zögernden Gemeinden zur Gründung von Kredit-Instituten für zweite Hypotheken ermutigt werden. Die bestehenden Hypothekenanstalten haben diese Darlehen bisher nur in ganz seltenen Fällen gewährt, weil sie über die mündelsichere Beleihungsgrenze, d. i. die erste Hypothek, nicht hinausgehen. Die Frage des Reichsgarantiefonds hat auch schon die Wohnungs-Kommission des Reichstages beschäftigt. Die Erörterungen erstreckten sich vornehmlich darauf, ob die Bürgschaftsübernahme des Reiches ganz allgemein zu gewähren sei, oder ob sie sich auf die Arbeiter und niedrig bezahlten Beamten in den Verwaltungsbetrieben des Reiches und der Militärverwaltung beschränken solle. Der Vertreter des Reichsamts des Innern machte gegen das erstere eine ganze Reihe Bedenken geltend. Einmal machte eine solche Kredit-Hilfe des Reiches über den jetzigen Umfang hinaus ungewisere Summen erforderlich, die schwerlich aufzubringen sein würden. Dann aber auch fehle es dem Reich an den nötigen Organen, um eine zweckentsprechende Verwendung der Darlehen zu gewährleisten und die erforderliche Kontrolle über deren Sicherheit auszuüben. Die Kommission erklärte demgegenüber zwar an, daß die Gemeinden und auch die Einzelstaaten viel eher dazu berufen und geeignet wären, auf diesem Gebiete den Anfang zu machen, doch wollte sie daran festgehalten wissen, daß für die Ausfälle, die den Gemeinden bei Ausleihung zweiter Hypotheken im Falle der Zwangsversteigerung entstehen, das Reich die Bürgschaft übernehmen sollte. Schließlich einigte man sich auf eine Resolution, die etwa folgendes befaßt: Der Reichstagler wird ersucht, dem Reichstage im Herbst 1913 eine Vorlage zu unterbreiten, nach der das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen unter gewissen Bedingungen die Bürgschaft für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbesitzer gemeinschaftlicher Baugesellschaften übernimmt, und zwar in Höhe von 50-90 Prozent des Gesamtwertes von Boden und Gebäuden.

Diese Resolution wurde in der Plenarsitzung des Reichstages vom 7. Februar 1913 einstimmig angenommen. Es verdient an dieser Resolution die ausdrückliche Betonung Beachtung, daß die Kredit-Hilfe nur den Baugesellschaften gewährt werden soll. In der Wohnungs-Kommission gab sich die Meinung äußern, daß auch die privaten Bauunternehmer davon Teil haben sollten.

Große praktische Bedeutung hat die Resolution indes nicht mehr, weil die Reichsregierung mittlerweile den dauerlichen Standpunkt eingenommen hat, daß die Frage der Wohnungs-gesetzgebung in erster Linie eine Aufgabe der Einzelstaaten bleiben müsse. Damit hat auch die vom Reichstag eingesetzte Wohnungs-Kommission ihre eigentliche Bedeutung verloren. Ihre fernere Wirksamkeit wird nur mehr theoretischen Charakter tragen. Dem entspricht auch schon ihre jetzige Forderung auf Einberufung einer Sachverständigenkonferenz, der die Aufgabe zugewiesen werden soll, das heutige Schätzungs- und Beleihungswezen der zum Wohnungsbau verwendeten Grundstücke auf seine Mängel und Fehler zu untersuchen und geeignete Vorschläge zur Abhilfe den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten. Dabei sollen die Bedürfnisse des Kleinwohnungsbaues besondere Berücksichtigung erfahren. Die festgestellten Mängel wünscht man dann durch ein Reichsgesetz beseitigt. Was die Einberufung der Sachverständigenkonferenz anbelangt, so ist die Reichsregierung diesem Wunsche inzwischen nachgekommen; die Konferenz wird demnächst zusammentreten.

Zunächst sieht die Einzelstaaten zu einem positiver Eingreifen zur Besehung der Kreditnot verstanden werden, muß abgewartet werden. Es scheint uns, daß große Hoffnungen nach der Richtung hin nicht am Platze sind. Preußen jedenfalls scheint wenig Entgegenkommen zeigen zu wollen. Die preussische Regierung hat sogar, als die Frage der Baukreditnot im Landtag wiederholt zur Sprache kam, ein positives Eingreifen durch staatliche Kredit-Hilfe ziemlich scharf abgelehnt, mit der uns etwas problematisch erscheinenden Begründung, daß der Staat weder die Mittel noch die Verpflichtung hat, die privatrechtlichen Verschuldungsverhältnisse am Bau- und Wohnungsmarkt zu ordnen, also mit anderen Worten: der Staat lehnt es ab, besondere Kreditinstitute unter Uebernahme des Risikos für etwa ausfallende Hypotheken ins Leben zu rufen. Das Schicksal, zu dem sich die preussische Regierung bereitfinden lassen will, ist, daß sie die kommunalen Bestrebungen der Kredit-Hilfe hilfreich unterstützen und im übrigen für Beseitigung der im Hypotheken- und Baurecht etwa nachgewiesenen Mängel Sorge tragen will.

Jedenfalls aber wird die Forderung der öffentlichen Kreditgewährung nicht so bald aus der öffentlichen Diskussion verschwinden. Ob mit ihrer Erfüllung die erhoffte Gesundung des Bau- und Wohnungsmarktes sich in vollem Umfange einstellen und die so brennende Frage des Kleinwohnungsbaues dadurch eine wesentliche Förderung erfahren wird, diese Frage möchten wir, bei aller Sympathie, doch vorläufig noch offen lassen. Man sollte nicht vergessen, daß die jetzige Krise nicht zuletzt oder gar vielleicht in erster Linie hervorgerufen ist durch das ungestörte Treiben einer wüsten Spekulation und eines üppig ins Kraut geschossenen Bauschwindlertums. Solange nicht hierin mit eisernem Wesen Rehraus gehalten wird, werden auch, fürchten wir, die von Kommune und Staat zu treffenden Einrichtungen keine volle Wendung zum Besseren bedeuten.

Massenstreik

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag hat die Chronik der Massenstreikdebatten um eine weitere vermehrt. Und wie die sozialdemokratische Tagespresse die Deffentlichkeit glauben machen will, ist ob der „Klärung“, die die Debatte gebracht habe, im Hause Israels eitel Freude und Befriedigung eingeleitet. „Die Boitschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Wer dieser Versicherung wirklich Glauben schenken will, muß herzlich schlecht in der geschichtlichen Entwicklung der Massenstreikfrage im sozialdemokratischen Lager bewandert sein. Er dürfte außerdem von den treibenden Kräften innerhalb der Sozialdemokratie und den „freien“ Gewerkschaften, ihren gegensätzlichen Anschauungen und Interessen, nichts wissen. Diese aber bestehen. Ueber ihre Tiefe und Schärfe legte die Debatte auf dem Jenaer Parteitage selbst ein markantes Zeugnis ab. Um über die dort zutage getretenen Gegensätze hinwegzukommen, helfen keine papiernen Resolutionen, sondern da entscheidet allein die Macht. Sie wird entscheiden unbekümmert darum, ob damit für den einen oder anderen Teil der miteinander Ringenden — Partei und Gewerkschaften — schwerwiegende Nachteile entstehen. Parteipolitische Fanatismus einerseits, gewerkschaftliche Realität und Mächtigkeit andererseits! Zwischen beiden steht der Parteivorstand, dessen Rolle der eines Blütensuppenden Rügdeleins gleicht, das verächtlich lispelt: Er liebt mich, er liebt mich nicht. Die beiden Parteien drohen ihn in Stücke zu zerreißen, wenn er ihnen nicht zu Willen ist. Augenblicklich scheinen die Gewerkschaften oder, besser gesagt, die Gewerkschaftsführer die Oberhand zu haben. Auf wie lange? Das hängt von der inneren und äußeren Entwicklung der

Partei ab. Behalten die Radikalen, die „Schwarzseher“, und die sonstigen Befürworter des Massenstreiks mit ihrer Ansicht, die Partei gehe der Verhumpfung und Verkümmern entgegen, dürfte sich das Blatt bald wenden.

Der Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Partei und den „freien“ Gewerkschaften über den Massenstreik ist verschiedenartiger Natur; nicht nur über das Ziel, das mit ihm erreicht werden soll, sondern auch über die Möglichkeit seiner Durchführung. Ja der Gegensatz geht sogar so weit, daß während der radikale Flügel das größte Heil von ihm erwartet, ihn weite Kreise der Gewerkschaftsführer vollständig verwerfen, und das Wort vom „Generalstreik ist Generalunsinn“ auf ihn, den Massenstreik, ummünzen.

Im Wesen einer Partei wie der Sozialdemokratie, die mit ihrem Programm eine Weltanschauung verbindet, liegt begründet, daß sie mit weit höherer Energie nach der Verwirklichung ihres Programms drängt, wie andere Parteien, deren Ziele sich lediglich in Reformen des bestehenden Zustandes bewegen. Die heutige Gesellschaftsordnung mit der kapitalistischen Produktionsweise wird von der Sozialdemokratie als der Ausfluß alles Bösen und allen Übels in der Welt bezeichnet. Daher die Verneinung alles Bestehenden und der Wille, die heutige, auf dem persönlichen Eigentum beruhende privatkapitalistische Wirtschaft durch eine sozialistische abzulösen. Ueber den Weg zu diesem Ziel gehen jedoch die Meinungen auseinander. Glauben die einen an ein organisches Sinecurewachsen in den sozialistischen Zukunftstaat, das durch Erringung der politischen Macht noch beschleunigt werden könnte, so schließen die anderen den gewaltsamen Umsturz nicht aus; ob durch eine politische oder durch die wirtschaftliche Revolution — den General- oder Massenstreik — lassen sie dahingestellt.

Der Erringung der politischen Macht stellen sich jedoch enorme Schwierigkeiten in den Weg, ja die Sozialdemokratie befürchtet, daß die bestehende Regierung Hand an das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht sowie an das Koalitionsrecht legt, sobald ihr die Sozialdemokratie über den Kopf zu wachsen droht. Gegen diese Eventualität richtete sich in erster Linie die Drohung mit dem Generalstreik auf dem Parteitag zu Jena in 1905 und zu Mannheim in 1906. Auf dem diesjährigen Parteitag gingen die Befürworter des Massenstreiks jedoch weiter, nicht als Abwehr gegen Anschläge auf bestehende Volksrechte wollen sie ihn angewandt wissen, sondern als Angriffswaffe zur Beseitigung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts in Preußen. Diese Frage ruht aber nicht im Schoße der Zukunft wie etwa eine Beschneidung des Reichstagswahlrechts oder des Koalitionsrechts, sondern ist eine aktuelle politische Tagesfrage. Und daher die Befürchtungen der Gewerkschaftsführer, es könnte ihnen eines Tages durch die Massenstreikagitation ein Feuer angezündet werden, dessen Kosten in erster Linie die Gewerkschaften zu tragen hätten. Hat sich die Masse erst einmal an dem Massenstreikgedanken berauscht, bedarf es nur eines Funken, und der Brand ist da.

Daher die große Angst der Gewerkschaftsführer. Ihr Sprecher auf dem Parteitag in Jena, Bauer, lehnte in schärfster Art den Massenstreik als Waffe für die Aenderung des preussischen Wahlrechts ab. Er bezeichnete das Reichstagswahlrecht für ein ausreichendes Ventil, das es dem Proletariat ermöglichte, sich politisch zu betätigen und seine Kräfte zu zählen. Geradezu tragisch wirkten seine Hinweise auf die Folgen von General- und Massenstreiks in anderen Ländern. Die schwedischen Gewerkschaften haben durch ihren Generalstreik vor einigen Jahren rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, die holländischen Eisenbahner mußten eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes für ihren Generalstreik eintauschen, die belgischen Gewerkschaften sind durch ihren Generalstreik in diesem Jahre auf lange Zeit hinaus lahmgelegt usw. Die anwesenden Belgier wollten das zwar nicht gelten lassen, es wurde ihnen aber erklärt, die deutschen Gewerkschaftsführer hätten bessere und zuverlässigere Informationen wie sie selbst. Im übrigen bewegten sich die Gewerkschaftsführer in Bescheidigungsnoten, wie: erst sollte man so und so, dann wollte man das und das. Man kennt diese Ausflüchte und hört sie immer wieder da, wo man sich schaut, die realen Tatsachen in ungehinderter, wenn auch nicht angenehmer Deutlichkeit reden zu lassen.

Der tiefste Gegensatz zwischen Bauer und den Befürwortern des Massenstreiks beruht in den natürlichen Bedürfnissen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften. Die Partei darf keine Selbstzufriedenheit unter der Arbeitererschaft aufkommen lassen, sie braucht den drohenden, täglichen Kampf. Die Gewerkschaften dagegen fordern ruhige Sachlichkeit und Nüchternheit von ihren Mitgliedern, Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, andauernde Kleinarbeit, ein Sichbegnügen mit kleinen Erfolgen. Sie führen einen andauernden Kampf gegen den Hebereifer und gegen die, die Unmög-

liches verlangen. Revolutionärem Eifer und fliegender Begeisterung dient diese Taktik freilich nicht, aber sie bringt den Arbeitern praktische Erfolge, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Insofern hierdurch eine wirkliche Besserstellung der Arbeiter erreicht wird, andererseits deren Einfluß in unserem Staatsleben und in der Kommune größer wird, ist die Gefahr der Selbstzufriedenheit gegeben. Wenn wir hiervon auch noch weit entfernt sind, so ist es trotzdem heute schon richtig, daß, wie Bauer selbst betonte, die deutsche Arbeitererschaft ungeheuer viel bei einem ungünstig verlaufenden Massenstreik zu verlieren hat. Tatsache ist ja auch, daß heute die „freien“ Gewerkschaften durch ihre praktische Gewerkschaftsarbeit, und die Genossenschaft den Grundstock der politischen Partei bilden. Ohne diese beiden wäre es bei der notorischen Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen Partei gar nicht möglich, die Massen zusammenzuhalten, denn durch radikale Phrasen lassen sich diese letzten Endes doch nicht halten. Die Anziehungskraft der Partei wird jedoch unter der blauen und trägen Masse herabgemindert, weil diese sich nur durch den schärfsten Kampf und das radikale Schlagwort aufpeitschen läßt.

In dem hier Gesagten ist der innere und eigentliche Gegensatz zwischen den beiden Gruppen, Partei und Gewerkschaft, angedeutet. Die sozialdemokratische Partei befindet sich nun augenblicklich in einem Zustande des Stillstandes; sie stagniert nach innen und nach außen. Die Radikalen benutzen diesen Umstand, um gegen die Gewerkschaften bzw. ihre Führer scharfzumachen, weil diese ihrer Ueberzeugung nach es sind, die den augenblicklichen Zustand der Partei verschulden und eine fruchtbringende Kampfstimmung aus überzogener Mangellichkeit verhindern. Und daher wird bei der Masse gegen die Gewerkschaftsführer gehetzt und Mißtrauen geübt. Selbst das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hält sich davon nicht frei. Der „Vorwärts“ meint dem Gewerkschaftsführer Bauer, als dem Sprecher der Gewerkschaften auf dem Parteitag, gegenüber, vom Standpunkt eines Vierteljahrherts könne nun einmal keine Weltgeschichte gemacht werden. Das ist eine sehr niedrige Einschätzung und nicht geeignet, die Achtung der Gewerkschaftsmitglieder vor ihren Führern zu erhöhen. Ob eine geeignete Situation zukünftig ausgenutzt werde, hänge in erster Linie von der Kampfenisiosität der Massen selbst ab, sagt er an einer anderen Stelle. Wenn dann noch das „Hamburger Echo“ von Bauer als einem „Vertreter der Gewerkschaften oder vielmehr der Gewerkschaftsleitungen“ spricht, dann wird ohne weiteres erkennlich, wohin der Pfeil zielt. Die stille Hoffnung wird genährt, daß im entscheidenden Moment die Masse der Gewerkschaftsmitglieder einfach über die Köpfe ihrer Führer hinwegschreitet. Daraus ergibt sich die Gefährlichkeit dieser Art Agitation für die „freien“ Gewerkschaften von selbst.

Letztere sollen nämlich im Falle eines Massenstreiks nicht nur die Soldaten stellen, sondern vor allem die Munition liefern. Ein solcher Streik würde jedoch bei nur einigen Wochen Dauer die Mittel der „freien“ Gewerkschaften aufgezehrt haben. Die Partei selbst mit ihrem 2 Mark Vermögen auf den Kopf des Mitgliedes scheidet bei der Unterstützung vollständig aus. Sie bedarf ihres Kapitals auch, um die vielen Parteibetriebe, wie Druckereien und Sekretariate, aufrechterhalten zu können. Also, Gewerkschaften, bezahlt ihr! Etwas Besseres als einen derartigen, recht ausgedehnten Massenstreik könnten sich die Unternehmer gar nicht wünschen. Sie machen ja selbst andauernd in Massenaußsperrungen, nur wollten sie ihnen bisher noch nicht recht gelingen. Mit einem Schläge würden sie alsdann den Druck der roten Gewerkschaften los, und sie würden ihn auch wahrscheinlich nicht wieder aufkommen lassen. Die lästigen Tarissekeln würden sie abstreifen, ein Zeitalter goldener Freiheiten würde wiederum für sie anbrechen. Das wissen auch die „freien“ Gewerkschaftsführer, und dieser Gedanke erfüllt sie mit Schrecken. Sie bremsen daher mit aller Energie. Ob sie nicht doch einen Kampf gegen Windmühlen führen, muß die Zukunft lehren. Hält die Stagnation der sozialdemokratischen Partei weiter an, und droht deren innere Stimmung noch schlechter zu werden, dürfte der Radikalismus mit seinen Fanfaren tönen bald die Oberhand in der Führung bekommen. Da ihm das politische Interesse über alles geht, somit auch über das gewerkschaftliche, würde das der Anfang von neuen, schweren, inneren Kämpfen zwischen Partei und Gewerkschaften bedeuten. Sehr bemerkenswerter ist, daß ein Teil der bisherigen revisionistischen Sekretäre mit akademischer Bildung in der Massenstreikfrage mit der Rosa Luxemburg, Liebknecht usw. an einem Strang ziehen. Sehr bedenklich.

Die unnatürliche Verbindung zwischen den „freien“ Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei mußte dahin führen. Alles wurde der Partei geopfert, sogar die Einigkeit der deutschen Arbeitererschaft. Und heute? Heute ist es so weit, daß die „freien“ Gewerkschaftsführer ängst-

lich zittern, es möchte ihnen von ihrer eigenen politischen Partei ihre Lebensarbeit zertrümmert werden.

Allgemeines

Zur Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter. Man schreibt dem „Düsseldorfer Tageblatt“:

Der Niedergang im Baugewerbe, der besonders in diesem Jahre auch in Düsseldorf stark in die Erscheinung getreten ist, gibt Veranlassung, an manche Umstände zu erinnern, die mehr oder minder die eingetretene Arbeitslosigkeit noch mehr beeinflussen.

Man kann es nicht verstehen, daß die heimische Arbeit, für die doch in erster Linie die Deutschen und ansässigen Arbeiter in Frage kommen, fortgesetzt durch Ausländer, ja man könnte sagen, in manchen Fällen nur durch Ausländer, ausgeführt wird. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf jene großen Eisenbahnarbeiten des Güterbahnhofes Witt und der Unterführungen hinweisen, welche von der Firma Marin & Sohn aus Bremen ausgeführt werden. Diese Arbeiten stellen ein Millionenobjekt dar und dauern schon zwei Jahre. Diese Firma beschäftigt fast 200 Arbeiter, aber nur Italiener. Interessenten können es nicht verstehen, daß diese Firma weit hinter dem Angebot der hiesigen Unternehmer zurückbleibt, und dadurch die Arbeiten übertragen bekommt. Des Rätsels Lösung ist aber leicht gefunden, wenn man bedenkt, daß die italienischen Arbeiter pro Stunde bis zu 20 Pfennig weniger an Lohn bekommen, als die einheimischen Arbeiter nach dem Tarifvertrag, welcher für das Baugewerbe abgemessen ist, zu beanspruchen haben. Was nun diese Firma gegenüber den hiesigen Unternehmern bei 200 Arbeitern pro Woche weniger an Löhnen zahlt, kann sich jeder selbst ausrechnen. Solche Zustände dürfen der breitesten Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Sie sollten Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, deren Interessen sich berühren, Protest erheben. Man darf wohl von der königlichen Eisenbahndirektion erwarten, daß sie diesen Dingen nicht teilnahmslos gegenübersteht. Staat und Kommunen zerbrechen sich den Kopf, um das Arbeitslosigkeitsproblem. Die Gewerkschaftsbüros und der selbständige Arbeitsnachweis haben den Grad der Arbeitslosigkeit noch höchst selten so empfindlichen sehen, wie gerade jetzt. Auch eine große Erbitterung herrscht bereits in Arbeiterkreisen über die Begünstigung der billigen ausländischen Arbeitskräfte. Diese Art Konkurrenz muß, und das liegt auch im Interesse der Kommunalverwaltung, für die Zukunft beseitigt werden. Sollte sich die Eisenbahndirektion, welche als Auftraggeber in Frage kommt, zu dieser Auffassung nicht aufschwingen können, so wird der preussische Landtag ein Wort mitzureden haben.

Den hier geschilderten Uebelstand trifft man nicht nur in Düsseldorf an, sondern auch anderwärts.

Ueber den Umfang des Kleinwohnungswezens in Westfalen

wurden in der 12. Mitgliederversammlung des Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungsbaus einige Mitteilungen gemacht. In dem Jahresbericht über die Vereinstätigkeit wies Landesrat Dr. Althoff darauf hin, daß die Gemeinden und der Verein immer mehr Hand in Hand arbeiteten. Während 300 westfälische Gemeinden haben Bürgschaften für Saurdarlehen in Höhe von 30 Millionen Mark übernommen. Die Frage der Beschaffung von zweitem Hypotheken hat der Verein zu lösen versucht durch Schaffung eines besonderen Pfandbriefamtes für die ganze Provinz im Anschluß an das geplante Pfandbriefamt für erbsitzliche Beleihungen; doch hat der Provinziallandtag die Sache bis zum nächsten Jahre verschoben. Insgesamt bestehen in der Provinz Westfalen 171 Bauvereinigungen. Die Mitgliederzahl der Bauvereinigungen ist im Laufe des Jahres von 21069 auf 21701 gestiegen. Die Gesamtsumme der ausgenommenen Darlehen belief sich Anfang 1913 auf mehr als 61 Millionen Mark. Der Wert der Häuser und Grundstücke belief sich auf mehr als 71 Millionen Mark. Die Zahl der vom Reiche und vom Staate errichteten Wohnungen in Westfalen beträgt 11545. Die privaten Arbeitgeber haben für ihre Beamten bis jetzt 8415, für ihre Arbeiter 55024 Wohnungen errichtet. Die Landesversicherungsanstalt Westfalen hatte bis zum Ende des Jahres 1912 17,5 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau dienstbar gemacht, bis jetzt 51,75 Millionen Mark. Die vom Reichsversicherungsamt geforderte Zinssaherhöhung von 3 auf 3½ Prozent hat in den Kreisen der Darlehensnehmer sehr enttäuscht. Die Bemühungen des Vereins, die Gelder der neuen Reichsversicherungsanstalt für gemeinnützige Bautätigkeit zu erschließen, haben keinen Erfolg gehabt, weil die Reichsversicherungsanstalt zu schweren Bedingungen stellte.

Christlich-nationaler Arbeiterkongreß und Sozialdemokratie.

Noch mehr wie die Scharfmacherpresse hat die Sozialdemokratie an dem dritten deutschen Arbeiterkongreß anzuknüpfen. Sie kann ihren Kerger und ihre Wut über diese Veranstaltung nicht verbergen. In der sozialdemokratischen Presse erscheinen fortlaufend Notizen und Artikel, worin von „Stimmvieh, plumpe Demagogie, von einem Parteitag der Lüge, Kongreß der deutschen Arbeiterfeinde“ usw. die Rede ist. Diese Taktik der sozialdemokratischen Presse ist allzu durchsichtig. Sie befürchtet, daß auf die unfruchtbare Jenaer Parteitagswoge eine eindrucksvolle Tagung nichtsozialdemokratischer Arbeiter folgen könnte. Dieser dritte deutsche Arbeiterkongreß wird sich, so schreibt die „Westfälische Arbeiterzeitung“ (Nr. 41, 1913), total abheben von der sozialdemokratischen Art, Existenzfragen des Volkes zu behandeln. Für die Sozialdemokratie ist die wirtschaftliche Not der Arbeitererschaft immer nur ein Mittel stumpelhafter Ver-

hebung und parteipolitischer Spekulation gewesen. Die Partei über dem Arbeiterinteresse! In dieser Art hat sie auch die Lebensmittelsteuerung vom Anfang der Stunde behandelt. Auf den „Kummel“ kam es ihr allemal an, nicht auf das Problem, auf die Abhilfe. Während wir den Ursachen und den Abhilfsmitteln nachgehen, erschöpft sich die Sozialdemokratie in parteipolitischer Stimmungsmache. Diesen Unterschied in der Behandlung ein und derselben Sache wird auch der Berliner Arbeiterkongress beweisen. Das eben weiß die sozialdemokratische Presse, und darum die schlotternde Angst vor dem Eindrud, den die Verhandlungen dieses Kongresses ganz zweifellos auf die öffentliche Meinung ausüben werden. Darum aber auch die fortwährenden Versuche der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsblätter, die Tagung schon im voraus zu verdächtigen und öffentlich in Mißkredit zu bringen. Hauptächlich wird bei den Arbeitermassen der Eindruck zu erwecken versucht, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung bedeutungslos sei und mithin auch der Kongress wirkungslos verpuffen würde. Im schroffen Widerspruch mit dieser Taktik steht der große Aufwand an Zeitungs- und Traktatenschwärze, der in der sozialdemokratischen Presse gegen den Kongress vertan wird. Der „Vorwärts“ mäht sich sogar in langen Leitartikeln (Nr. 266, 267, 1915) ab, die „christlich-nationale Ohnmacht“ nachzuweisen. Den denkenden Lesern des sozialdemokratischen Zentralorgans muß es im höchsten Grade sonderbar vorkommen, daß einer „bedeutungslosen, ohnmächtigen“ Bewegung spaltenlange Leitartikel gewidmet werden. In den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterschaft wird der Spektakel in der sozialdemokratischen Presse nur die Ueberzeugung vertiefen können, daß der Kongress eine Notwendigkeit war und für die heutige Arbeiterschaft von der größten Bedeutung sein wird.

Mittelstand und Sozialreform. Die ablehnende Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zum Leipziger Kartell der schaffenden Arbeit hat in Mittelstandskreisen ein mehrfaches Echo gemacht. Auf verschiedenen Mittelstandsversammlungen, u. a. in Gien und Vöppingen, sind die Feststellungen der christlichen Gewerkschaften bezüglich der Stellung des Kartells zur Sozialreform und zur Arbeiterbewegung als grundlos hingestellt worden. Wie man das angesichts der Meinungen, die für die Leipziger Gewerkschaftsarbeit öffentlich bekanntgegeben wurden, behaupten kann, ist uns unverständlich. Man betrachte sich doch einmal die Reden und Beschlüsse, die auf den Tagungen der Handwerks- und Gewerkskammer und des Mittelstandsverbandes zur Sozialpolitik, Arbeitswilligenfrage usw. gehalten bzw. gefaßt wurden! Das ist unverständliche Schwarzmalerei, wie sie reaktionärer auch nicht vom Zentralverband deutscher Industrieller betrieben werden kann. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht in seiner neuesten Nummer mehrere dieser Reden und Beschlüsse, und erbringt den Nachweis, daß die Feststellungen der christlichen Arbeiter beizweifellos der Leipziger Kartells vollst. begründet sind. Uebrigens wird auch in den Mittelstandsblättern jetzt absolut nicht darauf hingewiesen, daß eine Verzögerung in der Arbeiterlohnfrage greifen könnte. So wird uns von einer Mittelstandsversammlung am 5. Oktober in Vöppingen berichtet, daß die Teilnehmer auf Grund der Verhandlungen mit dem Kartell nach Hause gingen, daß für die Arbeiterlohnfrage getreu werden sei, dagegen für den Mittelstand nichts geschehe. Die sozialen Lasten seien zu groß, und es müßte hier, wenn nicht ein Rückschritt, so doch wenigstens ein Stillstand eintreten.

Für solche Gedanken wird der Mittelstand präpariert, und damit haben gewisse Kreise ihren Zweck erreicht. Die gleiche Wirkung wird auch erzielt, wenn der Hauptvortrag auf der Vöppingen Tagung, Herr Kaplan Dieckmann (Münster) mit großem Ruhm und heiligem Aufsehen auf das Kartelltraktat hin gegen die Artikel in verschiedenen Zeitungen (gemeint waren „Rechtliche Arbeiter-Zeitung“ und „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“) wandte und die hier erfolgte Kennzeichnung der Ziele des Leipziger Kartells als vollständig falsch kritisierte. Und wenn die leidenschaftlichen Ausfälle gegen die Arbeiter noch mit dem Anspruch bekräftigt werden: „Wir verlangen, wenn wir das sagen, daß uns geglaubt wird“, so kann die Wirkung einer derartigen Äußerung nicht zweifelhaft sein. Der Mittelstand wird auf diese Art und Weise gegen die Sozialreform scharf gemacht, und die Gegenstände werden nur verschärft, zum Schaden für das Gesamtwohl des Volkes und Vaterlandes.

Arbeitslosenfürsorge in Hamburg. Um die notwendige Arbeitslosigkeit zu lindern und der drohenden Verzweiflung, besonders die Bürgererschaft:

1. Die Bürgererschaft ersucht den Senat: Falls im Laufe der nächsten Zeit eine größere Arbeitslosigkeit eintreten sollte, die schon bestehende Staatsarbeiten mit zusätzlicher Beschäftigung zur Ausführung zu bringen und weitere passende Arbeiten so reich wie möglich herbeizuführen zu lassen;
2. zur Beschäftigung der regelmäßig wiederkehrenden Arbeitslosigkeit auf eine zweimäßige Verteilung und Regelung der öffentlichen Arbeiten, insbesondere auf ihre Verteilung in wirtschaftlich stille Zeiten, Bedacht zu nehmen;
3. Schritte zu tun, daß die Hebernehmer dieser Arbeiten verpflichtet werden, den beschäftigten Arbeitern die tarifmäßige Lohnzahlung zu zahlen und die Arbeitslosen im entsprechenden Maße zu beschäftigen;
4. zu erwirken, ob es möglich ist, die Arbeitslosigkeit notwendig erscheid, den notwendigen Subventionen weitere Beiträge zur Erhaltung der Bürger in den künftigen Jahren zu leisten.

5. noch in diesem Herbst eine Zählung der Arbeitslosen vornehmen zu lassen und das Ergebnis der Zählung bekanntzumachen;

6. zur Milderung der Stellenlosigkeit unter den Privatangestellten die Behörden zu veranlassen, bei Arbeitslosigkeit stellenlose Privatangestellte, insbesondere verheiratete, einzustellen;

7. ihr mit künftiger Beschleunigung eine Uebersicht über diejenigen Staatsarbeiten zuzumachen zu lassen, für deren Ausführung die Gelder bewilligt, die aber noch nicht in Angriff genommen sind;

8. a) der Patriottischen Gesellschaft zum weiteren Ausbau ihrer Arbeitsnachweise erhöhte Mittel zur Verfügung zu stellen;

b) zu prüfen, in welcher Weise eine Zentralfaktion (Zusammenarbeiten) der bestehenden Arbeitsnachweise unter Wahrung ihrer Eigenart und eine weitere Ausbildung der Vermittlung nach auswärts am zweckmäßigsten herbeizuführen ist.

Wahl der Rassenorgane. Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. August 1913. (S. 551.) Zur Vermeidung von Mißverständnissen weise ich darauf hin, daß weder durch die Bekanntmachung des Herrn Reichstanzlers vom 11. Juli d. J. (S. 577), noch durch den Erlaß vom 22. Juli d. J. (S. 529) die Eintragung von Wahlberechtigten, deren Wahlrecht ohne weiteres festgestellt werden kann, in die vom Versicherungsamt aufzustellenden Wählerlisten von Amts wegen ausgeschlossen ist. Dies wird nötigenfalls vom königlichen Oberversicherungsamt auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung zum Erlaß weiterer Ausführungsbestimmungen anzuordnen sein. In die Listen sind alle Personen einzutragen, die wahlberechtigt wären, wenn die neuen Rassen nicht erst mit Wirkung vom 1. Januar 1914, sondern im Zeitpunkt der Wahl ins Leben treten würden. Zur Feststellung der Wahlberechtigten werden die Mitgliederverzeichnisse der Träger der Krankenversicherung, deren Mitglieder vom 1. Januar 1914 ab der allgemeinen Ortskrankenkasse angehören werden, einen Anhalt bieten, doch ist die Aufstellung nicht auf diese Hilfsmittel beschränkt. So können, wenn dadurch eine Verzögerung der Wahl nicht eintritt, auch Erhebungen über die durch die Reichsversicherungsordnung der Versicherungspflicht neu unterstellten Personen, soweit sie nicht schon früher faktuarisch versicherungspflichtig waren, in Frage kommen. Dabei ist der Unterschied der Höchstverdienstgrenze in § 2b RVO. und in § 165 Abs. 2 RVO. zu beachten. Ferner ist bei der Aufstellung der Wählerlisten auf die Scheidung nach Berufsgruppen, die etwaige Abgrenzung nach Wahlbezirken (§ 334 Abs. 1 RVO., § 97 Abs. 11, 12 der Musterjahrgang für die Ortskrankenkassen bei Ausschluß von Landkrankenkassen, § 79 Abs. 11, 12 der Musterjahrgang für die Ortskrankenkassen, in deren Bezirk eine Landkrankenkasse errichtet ist) und die Bildung örtlicher Stammbezirke (§ 11 Abs. 4 Satz 2 der Musterwahlordnung) Rücksicht zu nehmen. Es kann zweckmäßig sein, für den Bezirk aller oder einzelner Versicherungsämter die Anmeldung der neu in die Versicherung einbezogenen Personen durch den Arbeitgeber vorzuschreiben. Zum Nachweis der Wahlberechtigung von Personen, die nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind, werden insbesondere eine Beschäftigung der Gemeinde- oder Ortspolizeibehörde oder einer Krankenkasse sowie eine mit dem Firmenstempel versehene oder behördlich beglaubigte Bescheinigung des Arbeitgebers, bei Dienstboten auch das Dienstbuch gelten können. Der Nachweis ist jedoch nicht auf diese Beweismittel zu beschränken, sondern dem freien Ermessen aller Mitglieder des Wahlvorstandes zu überlassen.

Wohnungsreform durch gemischtwirtschaftliche Unternehmung. Einen ganz neuen Weg zur Verbesserung des Wohnungswezens schlug auf der am 11. Oktober in Münster abgehaltenen Tagung des Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswezens Herr Ministerialdirektor Dr. Freund vor. Er will die „gemischt wirtschaftliche Unternehmung“ (a. m. U.), d. h. eine Unternehmungsform, die aus der Verbindung von Gemeinde und privatem Kapital entsteht, in den Dienst der Wohnungsreform stellen. Nach einer von Dr. Freund bereits früher gegebenen Darstellung handelt es sich dabei um folgendes:

Es soll durch Reichsgesetz einer Gemeinde oder einer ihr gleichgestellten öffentlichen Körperschaft, die an der Gründung einer Aktiengesellschaft oder einer G. m. b. H. oder einer eingetragenen Genossenschaft beteiligt ist, das Recht eingeräumt werden, zu beantragen, daß sie durch den Gesellschaftsvertrag (Statut) einen Sitz im Aufsichtsrat und ein Widerspruchsrecht gegen Beschlüsse jedes Organs der Gesellschaft (Genossenschaft) wegen Verletzung der kommunalen Interessen erhalte; der durch einen Widerspruch aber entstehende Vorfall soll durch ein Schiedsgericht ausgetragen werden, das aus einer gleichen Zahl von Vertretern einerseits der beteiligten Gemeinde oder Körperschaft, andererseits der privaten Gesellschaft und einem beiderseits zu wählenden Vorsitzenden zusammengesetzt wird. Diesen Vorschlagsrechten der Kommune soll ihre Pflicht gegenüberstehen, der Gesellschaft kein Genossenschaftslohn im Bedarfsfalle den erforderlichen Kredit durch Kommunalobligationen, also müßelischer zu gewähren, als auch die Dienste ihrer Beamtenchaft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Vereinbarung weiterer Leistungen der Kommune ist nicht ausgeschlossen.

Die hauptsächlichsten Vorteile der neuen Unternehmungsform sollen darin liegen, daß einerseits die Gefahren des reinen Regierprinzips vermieden, andererseits die Vorteile einer Zusammenarbeit der Kommune mit der Privatwirtschaft erreicht werden, indem jene in die Lage versetzt wird, einen Betrieb gewinnbringend nach kommunalen Grundsätzen zu betreiben, das Privatkapital aber der vollständigen Kontrolle der Kommunalverwaltung unterworfen werde.

Den Gemeinden wird nahegelegt, mit Rücksicht auf die großen und ständig wachsenden Aufgaben in der Wohnungsreform, der neuen Unternehmungsform eine ganz besondere Bedeutung beizumessen, so vor allem auch zur Durchführung einer zielbewußten, gesunden Bodenpolitik und zwecks Organisierung des Hypothekendarlehens durch Hypothekenbanken; dazu ist nach Ansicht von Dr. Freund eine neutrale Verbindung von öffentlichem und privatem Kapital am besten geeignet. Jedoch auch hier soll nach Freund im Interesse der Heranziehung des Privatkapitals diesem die Leitung und der Stadt die Minderheitsbeteiligung mit S a h u n g s g e m ä ß e m E i n s p r u c h s r e c h t zugewiesen werden. Weniger zu empfehlen sind nach Freund z. B. Real-Kreditinstitute, bei denen der Stadt ohne Kapitalbeteiligung die Leitung, den privaten Faktoren aber die Kapitalbeschaffung zufallen soll, wie es neuerdings vorgeschlagen ist, denn dadurch würden besonders die Gemeinungen und Mißstände hervorgerufen, die beim reinen Regierbetrieb sich nach den gemachten Erfahrungen immer einstellen.

Es ist natürlich unmöglich, jetzt schon ein Urteil über den Freundlichen Reformplan abzugeben. Dafür ist die Materie noch zu neu und schwierig, auch ist noch nicht abzusehen, welche Tragweite und Zielrichtung die gemachten Vorschläge im einzelnen nehmen werden. Das waren auch die Gründe, weshalb der Westfälische Verein zur Förderung des Kleinwohnungswezens vorläufig noch keine Stellung zu dem Referat von Dr. Freund nahm. Mit nächstehender Resolution wurde jedoch die Wichtigkeit der von ihm angeführten Frage anerkannt:

„Die zwölfte Mitgliederversammlung des Westfälischen Vereins zur Förderung des Kleinwohnungswezens ist den interessantesten und bedeutendsten Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Freund mit steigendem Interesse gefolgt. Sie erkennt die große Bedeutung dieser Unternehmungsform für die weitere Entwicklung unseres Wohnungswezens namentlich in industriell und gewerblich aufstrebenden Gegenden, und beauftragt den Vorstand und den geschäftsführenden Ausschuss, alsbald in eine eingehende Prüfung der Angelegenheit einzutreten, besonders in der Richtung, ob und inwieweit die Verwirklichung solcher Unternehmungen schon nach Lage der heutigen Gesetzgebung angängig ist.“

Jedenfalls ist der Freundliche Vorschlag einer weiteren Diskussion durchaus wert. Diese dürfte auch die natürl. licherweise heute noch nicht vorhandene Klärung der zweifellos bedeutsamen Frage bringen.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperri sind: Gelsenkirchen (Fliesenleger) (Sperte über die Firma Günnebed & Co.). **Bitburg**, Eifel (Sperte über die Firmen Garlon jr. und sen. wegen Maßregelung). **Isbenden** (Sperte über den Bauunternehmer Wuhmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages). **Hamm i. W.** (Sperte über das Studgeschäft Heinrich Rüseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Caternberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperte über die Firma Heinrich Bullmann). **Neustadt** (Schwarzwalde) (Streit der Zimmerer). **Steele** (Sperte über die Firma Fr. Fud wegen Nichtannahme des Tarifvertrages und Maßregelung). **Großsilingen** (Sperte über die Firmen Jos. Grupp, Karl Blant, Paul Grupp, Jos. Haas, Jos. Singer, Jos. Staber). **Saffig** (Sperte über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Olz** (Wegen Lohnminderungen ist die Baustelle der „Ahenania“ Delwerte in Ronheim gesperrt). **Bleicherode a. Harz** (Streit bei den Firmen Bantel und Balleroth). **Rheinberg** (Sperte über das Blattenlegeschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Nachen** (Sperte über das Plattenlegeschäft J. G. Kur-Jach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Hamm und Ahlen i. W.** (Streit der Fliesenleger). **Duisburg** (Streit der Fliesenleger). **Köln** (Streit der Fliesenleger). Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Hannover.

Geisleden b. Heiligenstadt. Die Sperte über das Baugeschäft Jung in Geisleden ist erfolgreich beendet. Herr Jung hat die Lohnerhöhung ab 2. Mai nachbezahlt, sich auch verpflichtet, bei weiteren Arbeiten im Heiligenstädter Vertragsgebiet den tariflichen Lohn zu zahlen. Für Geisleden tritt eine Lohnerhöhung von 3-5 Pf. pro Stunde in Kraft. Somit wären die tariflichen Bedingungen in Heiligenstadt von allen Baugeschäften anerkannt, mögen unsere Kollegen auch ferner dafür sorgen, daß sie eingehalten werden. Für Geisleden ist eine annehmbare Lohnerhöhung erzielt. Diese wäre noch besser ausgefallen, wenn sich nicht immer noch Leute fänden, die die Arbeiten direkt vom Bauherrn für einen recht billigen Lohn annähmen und dadurch die Unternehmer und das ganze Gewerbe schädigten. Besonders hat sich hier ein Maurer namens Leopold Puff aus Geisleden hervorgetan. Dieser Held, der es allerdings mit der Wahrheit nicht immer ganz genau nimmt, will Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes sein. Unseren Kollegen müssen wir solche Preisdrückereien unbedingt unterlagen, denn wenn wir vom Meister gerechte Löhne haben wollen, muß der Meister auch in der Lage sein, solche zahlen zu können. Im allgemeinen hat sich aber wieder gezeigt, daß die Kollegen durch treues Zusammenhalten und durch freien Ausbau des Verbandes viel erreichen können. In Heiligenstadt haben wir den Lohn in den letzten drei Jahren doch um 7 Pf. erhöht. Dieses möge ein Ansporn zur weiteren Arbeit für unseren Verband sein.

Bezirk Paderborn.

Vöppingen. In Nr. 42 der „Baugewerkschaft“ teilten wir mit, daß der Vertrag von der Firma Blögen u. Co. noch nicht anerkannt sei und die Sperte daher weiter bestehen bleibt. Nunmehr können wir mitteilen, daß auch die Firma Blögen u. Co. den Vertrag unter-

gezeichnet hat. Die Sperre ist somit aufgehoben. Die Kollegen von Döppfinge und Umgegen haben somit einen langen Kampf glücklich und gut beendet. Infolge der guten Organisation und der Ausdauer der Kollegen haben wir diesen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 2. November, der sechsunddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Berlin. Die von Studenten hiesiger Hochschulen, insbesondere der Technischen Hochschule, veranstalteten „Freien Fortbildungskurse für Arbeiter“ zeigten auch im verflochtenen Semester einen erfreulichen Aufschwung; es wurden von 50 Studenten etwa 500 Arbeiter in 23 Kursen unterrichtet. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Unterricht im Winterhalbjahr am 3. November beginnt, die Anmeldungen finden statt in der 3. Gemeindebehörde in Charlottenburg, Schloßstraße 2, am 30., 31. Oktober und 1. November, abends 8 1/2—9 1/2 Uhr. Unterrichtet wird in den Elementarjahren Deutsch, Rechnen, Schreibeisen und in Maschinenzeugnissen, Geometrie, Buchstabenzeichnen, Erdkunde, Vorführung und Naturkunde am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8 bis 10 Uhr. Jeder Kursus findet wöchentlich einmal statt und kostet für das ganze Halbjahr 50 Pf. Lehrpläne können beim Sekretariat in der 3. Gemeindebehörde kostenlos eingeholt werden.

Hannover. Unsere Verwaltungsstellen-Versammlung am 25. Oktober nahm den Vierteljahrsbericht entgegen. Die Einnahmen aus Beiträgen betragen 855,10 M. An Unterstützungen wurden gewährt: für Rechtsjahre 3,25 M., für Krankenunterstützung 610,40 M., für Sterbenerleichterung 68 M., für Streikunterstützung 29,20 M., für Militärunterstützung 49 M. In lokalen Einnahmen waren 2016,33 M., denen eine Ausgabe von 1996,71 M. gegenübersteht, so daß nur ein Bestand von 19,62 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand beträgt im dritten Vierteljahr 972. Vom Kassierer Kollegen Schneider wurde bemängelt, daß noch nicht alle Mitglieder die post. Lotteriefondsarten à 50 Pf. gezahlt haben. Bis 1. Dezember müssen diese Marken gekaut sein, anderenfalls kann die Schlußmarke „Verpflichtungen erfüllt“ nicht verausgabt werden. In Anbetracht der vielen Ausgaben, welche der Lotteriefonds erwachsen, konnte der Vorstand mit den bisher gezahlten 5 Pf. Lotteriefonds nicht auskommen. Der Ausschuss hat sich mit der Stärkung der Lotteriefonds beschäftigt und schlägt den Mitgliedern die Erhöhung des Lotteriefonds um 5 auf 10 Pf. ab 1. März 1914 vor. Nach eingehender Prüfung wurde dann auch mit allen gegen 26 Stimmen beschlossen, ab nächsten Jahres 10 Pf. Lotteriefonds auf jede Beitragsmarke zu erheben. Ferner sollen als Geschäftsgängen die alten Sätze für Vorstandsführungen bezahlt werden. Die Verwaltung beschäftigt sich dann auch mit den Anwesenheitsnachweisen. Es sollen hierzu Vorschlagslisten unsererorts eingereicht werden. An die Mitglieder ergeht die Aufforderung, wenn sie zur Wahl aufzufordert werden, vollständig zu erscheinen, damit auch wir endlich eine Vertretung in den Klassen erhalten.

Rhbnil, 24. Oktober. Drei Jahre sind verflossen, seit unser Verband versuchte, in den Kreisen Rhbnil und Ratibor die Bauarbeiter zu organisieren. Wir stießen damals auf sehr grimmige Gegner. Die Versammlungslokale wurden uns abgetrieben, die Vertrauensleute und Mitglieder wurden kopflos gemacht, die gewerkschaftliche Arbeit wurde ihnen verweigert und für zwecklos hingestellt. Es erschien ratsam, den Bezirk solange tot liegen zu lassen, bis die Gegner entweder sich ausgetobt hätten oder zeigten, was sie leisten konnten, damit die Mehrzahl der Bauarbeiter endlich einsehen lerne, welche Organisation in der Lage ist, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Im Industriebezirk Rattowitz und Umgegend sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Jahr zu Jahr besser geworden. So stieg der Lohn von 30 Pf. pro Stunde im Jahre 1905 auf 51 Pf. in 1913 laut Tarifvertrag. Bis zum Jahre 1909 fiel der Industriebezirk Rhbnil unter das oberpreussische Tarifgebiet. Die Bauarbeiter des Rhbniler Bezirks befanden jedoch so wenig Interesse am Tarifverhältnis und der Organisation, daß der Bezirk Rhbnil aus dem Tarifgebiet ausgeschieden mußte. Wie liegen nun heute die Verhältnisse? Im Rhbniler Bezirk werden Stundenlöhne gezahlt von 36 bis 41 Pf., zwei Unternehmer zahlten im Laufe des Sommers 42 Pf. die Stunde, jetzt 40 Pf., wahrscheinlich weil nach ihrer Ansicht die Stunde im Herbst und Winter keine 60 Minuten mehr hat. Das sind Klassenlöhne im schlimmsten Sinn. Die Arbeitszeit ist im Sommer sehr verschieden, 11 bis 11 1/2, auch 12 Stunden und darüberhinaus wird gearbeitet. Die Arbeiter sind bei den niedrigen Stundenlöhnen genötigt, möglichst viele Stunden täglich zu arbeiten, um so den täglichen Lohn zu erhöhen. Die Wohnungsverhältnisse spotten aller Beschreibung (Massenquartiere). In Dachbodenräumen, Kellernwohnungen, ja sogar in den Kellern der Neubauten findet man die Bauarbeiter wohnen. Auf Strohfächern am Boden, oder auf Pritschen liegt jung und alt nebeneinander. Keine Bank, kein Stuhl, kein Waschbecken ist vorhanden. Ist einmal ein Waschbecken da, dann muß es für 10, sogar bis 20 Mann Dienste leisten. In der Umgegend von Rhbnil ist auf größeren Baustellen meistens Schlafgelegenheit. Die Kollegen müssen dies aber teuer bezahlen. Auch in der Stadt Rhbnil selbst ist die Lage der Arbeiter eine sehr traurige, denn 11—12 Stunden Arbeitszeit, schlechte Quartiere, mangelhafte Ernährung usw. sind auch hier üblich. Die meisten der hiesigen Bauarbeiter sind im Kreise Ratibor ansässig und fahren jeden Sonntag und Feiertag in ihren Heimatort. In Ratibor steht der Stundenlohn auf 37 Pf. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2—11 Stunden täglich. Die meisten in

Ratibor beschäftigten Bauarbeiter fahren jeden Abend nach Hause. Unter ihnen sind Arbeiter, die von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends auf den Beinen sein müssen, also sage und schreibe 18 Stunden lang täglich; nur 6 Stunden sind ihnen zur Ruhe gegeben. Ist es bei solchen Verhältnissen noch möglich, sich zu schulen? In anderen Bezirken sind noch traurigere Verhältnisse anzutreffen, eine ganze Anzahl Arbeiter verdienen 2,20 M. pro Tag, wovon sie noch Reisegeld bezahlen müssen. Und da sagt man noch, es bedürfte keiner Organisation hier und in der Umgegend? Das Rhbniler Industriegebiet gewinnt für uns Bauarbeiter eine immer größere Bedeutung. In der Umgegend von Rhbnil hat der Baumarkt durch zwei neue Zechenanlagen und eine Anzahl Familienhäuser eine wohlthätige Belebung erfahren. Das Rhbniler Industriegebiet ist in guter Entwicklung begriffen und beugt sich immer mehr nach Ratibor zu aus. Die neueren Zechenanlagen versprechen eine Zukunft, da sehr starke Flöße und auch Fettöle vorhanden sind. Es sollen in den nächsten Jahren Familienhäuser errichtet und die alten Zechenanlagen ausgebaut werden. In Ratibor war die Konjunktur während des Sommers nicht vom besten. Durch die Kaiserneubauten haben eine Anzahl Bauarbeiter Beschäftigung bekommen. In den nächsten Jahren soll der Bahnhof umgebaut werden, ein Objekt von mehreren Millionen, sowie eine Schlachthofanlage und Kasernen. Die Zukunft sieht somit nicht schlecht aus. Was ist nun zu tun? Eine ganze Anzahl Kollegen aus diesem Gebiet haben sich unserer Organisation angeschlossen. Es muß nun unser Ziel und Aufgabe sein, in jedem Orte in nächster Zeit eine Zellsstelle zu gründen und neue Mitglieder hinzugewinnen. Hauptächlich möchte ich den Kollegen, die in der Fremde organisiert sind und jetzt bald in ihre Heimat zurückkehren, zurufen, im Laufe des Winters mit uns zusammenarbeiten, damit wir unsere Organisation im hiesigen Gebiet hochbringen. Was in anderen Gegenden möglich war, darf bei uns nicht unmöglich sein. Segner haben wir von allen Seiten, von rechts und links. Ein Sprichwort aber sagt: „Je mehr Segner, desto mehr Ehr.“ Die größten Segner aber sind die Gleichgültigkeit, die Laissez-faire und der Unverstand. Dagegen gilt es den Kampf in erster Linie anzunehmen. Und nun, Kollegen, frisch ans Werk. Wir wollen gute Arbeit leisten im Interesse der Bauarbeiter, da darf keiner zurückbleiben, sondern jeder muß mit seiner ganzen Kraft mitarbeiten.

Wiederbrück. Nach vierjähriger Unterbrechung ist der Gedanke der Organisation unter den hiesigen Bauarbeitern wieder neu aufgelebt. Im September hielt der Bezirksleiter, Kollege Werner, einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter in Wiederbrück. An einem reichhaltigen Zahlenmaterial wurde nachgewiesen, daß die Lage der Bauarbeiter in Wiederbrück sich verschlechtert hat gegenüber der nächsten Umgebung Mieda. Dorthin und Gitterstich. Diese vier Orte standen im Jahre 1907 gleich an Lohn und Arbeitszeit, während sich jetzt ein Unterschied im Lohn zwischen 8, 9 und 11 Pf. pro Stunde zeigt. Ein ungeheurer Verlust an Mehrerdienst ist bei den Wiederbrücker Kollegen zu verzeichnen. Diese Tatsache hat nun doch die Kollegen wieder auf den richtigen Weg der Selbsthilfe gebracht. Eine Verwaltungsstelle konnte zwar noch nicht errichtet werden, aber einige Kollegen erklärten sich bereit, die nötigen Vorarbeiten zu leisten. Mit Eifer haben sie an der guten Sache gearbeitet und es gelang, eine Anzahl Kollegen zu sammeln. Am 25. Oktober fand wiederum eine Versammlung statt, und es wurde die Verwaltungsstelle endgültig wieder errichtet. Es wurden die Wahlen vollzogen und ergaben folgendes Resultat. Den Vorstand übernimmt Kollege Otto Heising, die Kassierung Heinrich Feising und den Schriftführerposten Karl Leibes. Als Revisoren wurden gewählt Heinrich Weipolte und Franz Edelmeier, als Hauskassierer Hermann Demme und Konrad Heising. Es wurde weiter beschlossen, daß die Versammlung alle 14 Tage, Sonntags, um 11 Uhr, stattfinden soll bei Herrn Sahus. Die nächste Versammlung ist somit am 9. November, vor mittags 11 Uhr. Kollege Werner hielt noch eine kräftige Ansprache an die gewählten Kollegen, daß sie stets eingebend der übernommenen Pflichten handeln sollen, und die Mitglieder sollen dem Vorstande treu zur Seite stehen. Mit einem kräftigen Hoch auf die Entwicklung der Verwaltungsstelle Wiederbrück wurde die Versammlung geschlossen. An den Kollegen von Wiederbrück und Umgebung muß es nun liegen, die neugegründete Verwaltungsstelle weiter zur Blüte zu bringen, damit eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen werden kann. 26 Kollegen sind eingetreten, ein gutes Zeichen. Darum frisch an die Arbeit, damit die letzten auch noch gewonnen werden. Ausdauer führt zum Ziel.

Dachbeder

Berlin. Am Donnerstag, den 16. Oktober, fand im Lokal des Herrn Müller (Heim des Deutschen Gärtnerverbandes), Stralauer Straße 53, unsere diesjährige Generalversammlung statt. In derselben gab der Vorsitzende, Kollege Kitzel, einen genauen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes einerseits, und den Vorständen der Dachbeder-Verbandszweigsstellen andererseits zum Zwecke des Abschlusses eines Tarifs andererseits. Derselben haben sich über ein halbes Jahr hingezogen, um dann als ergebnislos aufgegeben zu werden, da die Arbeitgeber die bedingungslose Anerkennung des mit den Gelben im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifs forderten. Die Arbeitgeber haben somit die gewerkschaftlichen Organisationen und damit die Mehrzahl der Berliner Kollegen als Tarifkontrahenten nicht anerkannt. Diese Tatsache beleuchtet zur Genüge die Lage des Berliner Dachbeder-gewerbes, wo wir sieben Jahre tarifliche Arbeitsbedingungen gehabt haben. Dann zwang der große Arbeitsmangel die lange feiernden Kollegen, bedingungslos zu arbeiten und sich in den gelben Verein einschreiben zu lassen. Da

auch jetzt die Arbeitsgelegenheit sich nicht vermehrt hat, ist die Lage im Gewerbe sehr schlecht. Viele Arbeitgeber benutzen die schlechten Verhältnisse dazu, niedrigere Löhne zu zahlen. Dies alles muß die Kollegen veranlassen, um so fester zusammenzutreten, damit wir zur rechten Zeit bereit sind, unsere Gleichberechtigung bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses wieder zu erhalten. In der dann getätigten Wochenauswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. An Stelle des abgetriebenen Kollegen Hoffmann wurde Kollege Andr. Steinisch als Beisitzer gewählt. Als Parteibeamteter wurde Kollege Peter Althaus gewählt. Nach Gelddigung der Vorstandswahl hielt unser Bezirksleiter, Kollege Wilsch, noch einen Vortrag über: „Die wichtigsten Ereignisse im Gewerkschaftsleben“. Einleitend gab der Redner die Gedanken wieder, die ihm beim Besuch des Völkerschlag-Denkmal gekommen waren. Wie der Vorkämpfer Napoleon es zuwege brachte, daß die Bedrückten sich vereinigen und ihren Bedrücker dann bezwingen, fast ebenso sei es im Gewerkschaftsleben heute, wo die Arbeitgeberverbände mit Hilfe des mächtigen Kapitals die Arbeiter zu knechten suchen. Als Dritter im Bunde gegen die Verschlechterung der Lage des Arbeiters sei auch ein Teil der Öffentlichkeit getreten. Redner stützte das Buch von Prof. Veit, ferner das amerikanische Taylor-System. Sodann sprach er über die Bestrebungen gegen die brutale Sozialgesetzgebung und die Bemühung um, überall die Arbeiterarbeit einzuführen. Dies alles müsse die Kollegen zur Hochhaltung des Tarifgebahrens anspornen und zur tatkräftigen Mitarbeit in der Organisation veranlassen. Mit gegenseitigem Dank für die geleistete Arbeit und einem Hoch auf die Zellsstelle wurde die Versammlung geschlossen.

Ödlandkulturen im Dienste der Arbeitslosenfürsorge

Ueber Arbeitslosenland und Arbeitslosenfürsorge wird in unserer Zeit reichlich viel geschrieben und geredet; was wir vermessen, ist die helfende Tat. Wohl sind in einigen Städten mit dem sogenannten Genter System ähnliche Versuche gemacht worden, und auch die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter hat manches zur Linderung der Arbeitslosennot getan; im übrigen aber ist der arbeitslose Proletariat im wesentlichen auf die Unterstützung aus den öffentlichen Armenverwaltungen angewiesen. Der „Verein für soziale innere Kolonisation“ will der Arbeitslosigkeit durch die Tat zu Leibe rücken, und er läßt sich dabei von dem durchaus gesunden und unkompatiblen Gedanken leiten, daß der gesunde, kräftige Arbeiter, wenn er schuldlos infolge schlechter Konjunktur arbeitslos geworden ist, keine Almosen haben will, sondern Arbeit. Um dieses Problem zu lösen, hat der Verein einen ganz neuen Weg beschritten. Im wesentlichen handelt es sich darum, den arbeitslosen Industriearbeitern dadurch gesunde und lohnende Beschäftigung zu verschaffen, daß sie zu Kultivierungsarbeiten der in Deutschland noch vorhandenen 500 Quadratmeilen Moor- und Niedermörsen herangezogen werden. Der Verein will damit ein Doppeltes erreichen: einmal neue Kulturländchen erschließen und zum anderen dem Lande neue Arbeitskräfte zuführen. Man braucht nun keinesfalls anzunehmen, daß sich auf diesem Wege die Lösung der Arbeitslosenfrage restlos erledigen lasse, das sicher nicht. Aber es muß doch gesagt werden, daß der erste praktische Versuch, den der Verein für soziale innere Kolonisation mit seinem System in Keppen, einem Kreisstädtchen bei Frankfurt a. O., unternommen hat und, wie hervorgehoben werden muß, mit Erfolg unternommen hat, durchaus Gutes verspricht und für die fernere Behandlung des Problems der Arbeitslosigkeit jedenfalls ernstlich beachtet zu werden verdient.

Es ist lehrreich, einiges über die Einzelheiten des Keppener Experiments zu erfahren. Aus Anlaß der Beendigung der Arbeiten hatte der Verein eine Anzahl Behörden und Vertreter der Presse zur Besichtigung des Geschehenen eingeladen. Von dem Geschehenen entwirft der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in seinem Blatte das folgende interessante Bild:

„Um ein praktisches Beispiel für die Nichtigkeit seiner Idee zu erbringen, hat der Verein in Keppen für billiges Geld 40 Morgen Ödland erworben. Im Laufe von nicht ganz zwei Jahren ist aus dem sandigen, mit dürrem Gestrüpp und Heidekraut bewachsenen, untauglichen Boden fruchtbares Acker- und Gartenland gemacht worden. Zum Gartenland scheint sich der dortige Boden bei richtiger Bearbeitung besonders zu eignen, denn bei der Besichtigung präsentierten sich die Spargel-, Erdbeer-, Kohl- und Rübenkulturen sowie die Obstplantagen ganz vorzüglich.“

Die Arbeit ist mit insgesamt 150 Leuten, meistens arbeitslosen, zum Teil auch verheirateten Gewerkschaftlern aus Berlin geleistet worden, und es hat sich dabei herausgestellt, daß die sämtlichen Großstadtarbeiter gut zu verwenden waren. Dem Beruf nach wurden beschäftigt zum größten Teil ungelernete Arbeiter, dann vor allem Maurer und Zimmerleute, Straßenbau- und Tiefbauarbeiter, Installationsarbeiter und Elektromonteur, Kaufleute, Bankbeamte, Schlosser, Bureauhilfen, Maler, Parfettleger, Kutsher, Gärtner usw. Kurz Leute aus allen

Berufsschichten. Während der Wintermonate, wo die Feld- und Gartenarbeiten ruhen mußten, wurden die Leute beschäftigt mit dem Abholzen von Wald, dem Anfertigen von Baum- und Zaunpfählen, von Möbeln und Geräten, auch eine breite Straße wurde durch die Kultur geführt. Es war immer genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden, nur am nötigen Gelde hat es häufig gefehlt, um die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen. Denn die hier tätigen Arbeitslosen werden vom Verein zu der ortsüblichen Lage entlohnt. In den kurzen Tagen erhielten die Ledigen 2 M, die Verheirateten 2,50 M Lohn, später stieg der Lohn allgemein auf 2,75 M, und außerdem wurde den Familien der Verheirateten ein Lohnzuschuß von 1 M direkt zugesandt. In letzter Zeit stellte sich der Tagelohn auf 3,12 M, dazu kam freie Unterkunft. Die Verheirateten erbrachten sich von ihrem Lohn einen beträchtlichen Teil, den sie neben dem Zuschuß ihren Familien zukommen ließen.

Ursprünglich plante der Verein die Unterbringung der Arbeiter in Baracken, aus moralischen Gründen ist er bald davon abgekommen und hat die Leute bei den Bürgern von Reppen eingemietet, damit sie Familienanschluß hätten. Das hat sich vortrefflich bewährt. Aufseher waren nicht angestellt, sondern nur ein Gärtner, der die Arbeit verteilte. Seine Anordnungen wurden unterstützt von Kolonnenführern, die zugleich als Ordner aus der Arbeitererschaft gewählt wurden.

Um den umwohnenden Pächtern und Besitzern zu zeigen, was aus dem schlechten Boden bei sachgemäßer Düngung mit Kunstdünger herausgeholt werden kann, wurde eine Düngungsversuchspartelle angelegt, und die dabei gewonnenen Erfahrungen übertrug man dann auf das gesamte zu kultivierende Gebiet. Die Kultivierungsarbeit selbst begann mit dem riesen Umgraben des Feldlandes, dabei wurde der Dung, in der Hauptsache Berliner Straßenschicht, mit eingegraben. Die erste Aussaat war Kartoffeln, und nach deren Abernt wurde der Kartoffelfelder durch erneute Düngung in Gartenland weiter verbessert. Als besonders erfolgreich verbucht der Verein von seinen Erfolgen, daß bisher keiner der bei ihm Beschäftigten wieder der Armenpflege verfallen ist, die meisten fanden nach vorübergehender Beschäftigung bei den Reppener Arbeitstätten wieder reguläre Arbeit, allerdings, und das kann man auch nur begrüßen, lehrte der größte Teil nicht wieder in die Großstadt zurück, sondern suchte und fand Unterkunft in der Provinz, namentlich bei den umwohnenden Landwirten und den im Kreise anjüngigen Handwerkern.

Das nebar gemachte Land ist in kleine Stieblerstellen von ungefähr 40 bis 50 Ar geteilt worden, darauf hat der Verein ein einfaches, aus drei bis vier Zimmern, Küche, Keller und Boden bestehendes Haus errichtet, dazu kommt eine auf dem Hof stehende Haische und Stallungen für Kleinvieh, ein Brunnen, und die ganze Stelle wird, gut bepflanzt, an einer fertigen Straße gelegen, im Rentengüterverfahre an die Anlieger für 5000 bis 6000 M abzugeben, wobei sie nur ein Zehntel der Kaufsumme anzulegen und das übrige mit 4 Prozent einschließl. 1/2 Prozent Amortisation zu verzinsen haben. Wir haben uns am Sonntag diese Anliegerhäuser und das dazugehörige Gartenland angesehen, darunter auch eine Stieblung von einem russischen Rückwanderer, und was sich dem Auge bot, war durchaus erquicklich. Die Leute hatten sich die Häuser sauber eingerichtet, Kinder und Frauen sahen frisch und frohlich aus, und wenn man sich bei ihnen nach den Verhältnissen erkundigte, klang volle Zufriedenheit aus ihren Antworten. Sie finden für ihre gärtnerischen Erzeugnisse leicht Absatz nach Frankfurt und weiter nach Berlin. Auch ihre Hühner, Gänse, Schweine, Ziegen und Kaninchen können sie gut weiterverkaufen. Die meiste Arbeit im Hause und im Gartenland liegt natürlich auf der Frau, denn der Mann geht tagsüber in die Umgegend auf Arbeit, so daß er nur in den Abendstunden und frühmorgens oder an den Feiertagen der Frau ein Schicksal sein kann. Arbeitsgelegenheit für die Anlieger ist genügend vorhanden, denn Reppen geht es wie all den kleinen Sandstädten: die arbeitsfähige Jugend kehrt ihnen, dem Tage nach der Großstadt folgend, den Rücken.

In Reppen hat der Verein seine Arbeit jetzt abgeschlossen. Er will keine Großsiedlungen vornehmen, sondern nur als Aufsteiger, als Helfer auftreten. Jeder Ende des Jahres will er unter günstigeren Bedingungen als in Reppen, wo manche von dem Streife und der benachbarten Stadt zugezogenen Unterhütten schließlich ausbleiben, in Westow Neuland für die landwirtschaftliche Produktion gewinnen. Was er in Reppen gelernt hat, berechnigt zu den besten Hoffnungen, nur müssen jetzt die staatlichen und kommunalen Verwaltungen ihre Beiträge abstreifen. Mit 2000 M, die das Reichsamt des Innern bewilligt hat, kann man noch tausend Markt aus sozialen Einrichtungen und was nicht wenig getan. Staat und Kommune, die beide ein ja. Unterstützung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion haben, müssen diese Schritte herbeiführen, damit sich aus der

kleinen, erfolgreichen Versuchskulturen eine systematische Urbarmachung der Dedländerereien entwickeln kann.

Die Gemeinnützigkeit der „Deutschen Volksversicherung“

Schon bevor die „Deutsche Volksversicherung“ geboren war, wurde sie von allen Seiten lebhaft umstritten. Als sie aber das Licht der Welt erblickt hatte, da erwuchsen ihr noch mehr Feinde und Neider. Sie dessenungeachtet begann sie, sich kräftig zu regen. Sie organisierte sich nach innen und außen und zog zahlreiche nationale Organisationen aus den verschiedensten Schichten des Volkes und aus allen Gauen des Vaterlandes an sich heran. So legte sie den Grundstock für eine gesunde Entwicklung und lieferte zugleich den Beweis, daß sie wirklich dazu berufen ist, die deutsche Volksversicherung zu werden.

Um so wilder aber wurden ihre Feinde. Sie suchten umher, ob sie nicht etwas finden könnten, womit sie diese Entwicklung hindern oder wenigstens der jungen Gesellschaft Steine in den Weg legen könnten. Und wer sucht, der pflegt zu finden! So fanden denn die sozialdemokratischen Freunde der „Volksfürsorge“ ein Protokoll aus der Zeit vor der Gründung der „Deutschen Volksversicherung“, und nun ging das Geschrei los. „Die „Deutsche Volksversicherung“ ist ja gar nicht gemeinnützig.“ So hieß es jetzt, „ihre Gründer haben ja selbst das Wort „gemeinnützig“ aus den Statuten gestrichen; auch haben sie beschlossen, den Vorstand der Gesellschaft am Gewinn zu beteiligen, was sie der Gesellschaft allerdings verschweigen wollten.“

Schnell entzog die „Deutsche Volksversicherung“ diesen Verdächtigungen die Grundlage; denn sie wies nach, daß man das Wort „gemeinnützig“ nur deshalb nicht angenommen hatte, weil es angesichts der klaren Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages überflüssig war, und stellte an der Hand des allein maßgeblichen Gesellschaftsvertrages fest, daß sie in jeder Hinsicht als „gemeinnützig“ anzusprechen, und daß ihr diese Gemeinnützigkeit von Reichs wegen bestätigt worden sei. Insbesondere gab sie die ausdrückliche Erklärung ab, daß ihr Vorstand außer seinem Gehalte keinerlei Entlohnungen oder Remunerationen erhält. Die gegnerischen Blätter mußten Berichtigungen bringen, und trauernd sahen die Feinde der „Deutschen Volksversicherung“ ihre Felle wegschwimmen.

Wiederum ließen sie ihre Stöße schweifen, und triumphierend verstanden die sozialdemokratischen Blätter neuerdings, die „Deutsche Volksversicherung“ zahle ganz gewaltige Provisionen an ihre Vertragsorganisationen, schädige so ihre Versicherten und sei daher nicht gemeinnützig. Auch diese Behauptung hält bei näherer Betrachtung nicht stand. Die Entschädigungen für das Eintreten der Beiträge, die vor allem ins Gewicht fallen, weil sie während der ganzen Dauer der Versicherung gezahlt werden müssen, sind bei der „Deutschen Volksversicherung“ durchweg niedriger als bei der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“. Die Vergütungen aber, welche die „Deutsche Volksversicherung“ für das Anwerben neuer Versicherungen gewährt, erscheinen nur deshalb höher, weil die Organisation des Aufwendens bei beiden Gesellschaften grundverschieden ist. Während nämlich die „Volksfürsorge“ überall selbständige Geschäftsstellen mit bezahlten Kräften einrichtet, für welche die Kosten von der Zentralstelle aufgebracht werden müssen, ist die „Deutsche Volksversicherung“ dem Wunsch ihrer Vertragsorganisationen gefolgt und hat ihnen den Aufwendungsgegenstandes Entgelt überlassen. Denn eine wirklich durchgreifende Verbreitung der Volksversicherung erscheint nur dann möglich, wenn die Versicherung wirklich in Hand mit den großen nationalen Organisationen arbeitet. Die Entschädigungen, die diese Verbände erhalten, sind aber keineswegs besonders hoch; sie sind im Gegenteil niedriger, als sie früher üblich waren. Auch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die „Volksfürsorge“ an Werbekosten nicht weniger auszugeben hat, als die „Deutsche Volksversicherung“. Die Versicherten werden also durch diese Maßnahmen in keiner Weise geschädigt. Das würde schon der Reichskommissar nicht dulden, der selbstverständlich auch hierüber die Aufsicht führt. An der Gemeinnützigkeit der „Deutschen Volksversicherung“ ist eben nicht zu brechen und nicht zu zweifeln.

„Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.“ Die „Deutsche Volksversicherung“ kann stolz sein auf die Aufhebungen, denen sie täglich aufs neue ausgesetzt ist; beweisen diese doch nur, daß sie auf dem rechten Wege ist. Laßt die Gegner nur schreien; die „Deutsche Volksversicherung“ wird ihren Weg gehen, und sie wird ihrer doppelten Aufgabe im vollsten Umfange gerecht werden: Sie wird die Volksversicherung weithin kreisen unseres Volkes zugänglich machen und zugleich einen starken Stamm bilden gegen das Wanken der Sozialdemokratie. In ihrer Arbeit für das Wohl des Vaterlandes begleiten sie die Wünsche der Wespen unseres Volkes.

Aus Arbeitgeberverbänden

Eine kampfkämpferische Gesellschaft scheinen die im Landesverband für das Baugewerbe in Elßaß-Lothringen vereinigten Bauunternehmer zu sein. Sie betreiben schon wieder Kampfkämpfungen, wo noch nicht einmal die geringen Zinsen der Kasse erlöblich sind. In einem Beschlusse des der bekannte günstige Bund sozialdemokratischer Arbeiter und Bauern in Elßaß-Lothringen hat, wird von „unberechtigten“ die „sozialdemokratischen“ geworfen. Unter den „sozialdemokratischen“ sind natürlich die am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen überhaupt verstanden. Die Unternehmer werden aufgefordert, ihre Kräfte zu stählen und sich auf die im Jahre 1916 beginnenden „Lohnkämpfe“ vorzubereiten. Das Wort „Lohnkämpfe“ spricht Bände. Mit Tarifverhandlungen, die auf friedlichem Wege zum Ziele führen könnten, rechnen also die Unternehmer in der südwestdeutschen Wetterdecke scheinbar nicht. Indessen wird nichts so heiß geessen, wie es gefocht wird. Und die bedrohliche Sprache des Zirkulars verliert viel von ihren Schrecken, wenn man den Zweck ins Auge faßt, der damit erreicht werden soll. Durch das Zirkular sollen nämlich die Bauunternehmer zum Beitritt in die im Dezember vorigen Jahres gegründete Allgemeine Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe, Elßaß-Lothringen, animiert werden. Wie man bei dieser Gelegenheit erzählt, sollen der neuen Gesellschaft bereits 92 Mitglieder angeschlossen sein, die sich auf Elßaß-Lothringen, Baden, Oberbayern, Mitteldeutschland und das Saargebiet verteilen. Ueber die Ziele der Streikentschädigungsgesellschaft werden folgende Mitteilungen gemacht:

Der Zweck ist nach § 2 der Satzungen, die wirtschaftlichen Folgen von unvermeidlichen Arbeitsstörungen, seien es Streiks oder Ausperrungen, zu mildern, indem die Gesellschaft ihren Mitgliedern die dadurch entstehenden Verluste tragen hilft. . . . Nicht nur bei partiellen Streiks und Ausperrungen, sondern auch bei solchen, die genereller Natur sind, werden die Mitglieder unterstützt.

Zum Zweck einer größtmöglichen Garantie hat sich die Allgemeine Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe der Rückversicherungskasse der deutschen Arbeitgeberzentrale als Mitglied angeschlossen. Da diese Rückversicherungskasse durch die ganze Industrie des Deutschen Reichs gestützt wird, können wir bei den großen Lohnkämpfen, die uns in der Zukunft erwarten, unseren Verpflichtungen voll und ganz genügen.

Wir wenden uns heute noch an Sie, sehr geehrter Herr Kollege, mit der dringenden Aufforderung, treten Sie sofort unserer Gesellschaft bei. Schon in drei Jahren werden die Lohnkämpfe wieder beginnen. Jetzt, in der Zeit des Friedens, müssen wir uns entwickeln und alle unsere Kräfte anspannen, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein und den unberechtigten Forderungen sozialdemokratischer Gewerkschaften mit Erfolg entgegenzutreten.

Veräumen Sie daher nicht, sehr geehrter Herr Kollege, jetzt sofort der Allgemeinen Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe beizutreten; denn keiner von uns kann voraussagen, wann er in die Lage kommen kann, aus diesem Anschluß Nutzen zu ziehen.

Mit kollegialem Gruß:
Allgemeine Streikentschädigungsgesellschaft für das Baugewerbe.
A. Brion, prov. erster Vorsitzender.
Wenn die Bauarbeiter weiter treu zu ihrer Organisation halten und dahin arbeiten, daß sie noch finanzkräftiger und geschlossener gestaltet wird, so werden auch die Unternehmer weiterhin den begründeten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen müssen, oh nun mit oder ohne Streikentschädigungsgesellschaft.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung

9. Allgemeiner Stallschweizerstag Deutschlands. Die jüngste christliche Gewerkschaftsorganisation, der Allgemeine Stallschweizerbund (StB), veranstaltete am 20. Oktober in Plauen (Vogl.) den 9. Allgemeinen Stallschweizerstag. Seit 15. September 1913 ist genannter Bund dem Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter und -Angehörigen als Unterverband angeschlossen. Die Tagung war aus allen Gauen Deutschlands durch Delegierte vertreten und nahm einen überaus würdigen Verlauf. Die Vorkämpfer, welche sich im Laufe der Jahre im Verufe herausgebildet haben, wurden einer eingehenden Kritik unterzogen und einstimmig beschlossen, an den Reichstag sowohl wie auch an die Bundesstaaten Petitionen zu richten, um durch die Gesetzgebung eine Besserung herbeizuführen. Unter anderem wurde in der Frage der Lehrlingsausbildung die Schaffung von Prüfungsausschüssen verlangt, damit für die Zukunft nicht jede vertrackte Exzess in Stallschweizergewerbe Unterschlupf finden kann. In der Frage der Lehrlingsausbildung soll ein Befähigungsnachweis verlangt und nur solche Stallschweizer als Lehrlinge in Frage kommen, welche vor einer Prüfungskommission, bestehend aus Tierärzten und tüchtigen älteren Stallschweizern, eine Prüfung abgelegt haben. Schon seit 1904 kämpft der Stallschweizerbund für diese so wichtigen Forderungen, er hat schon sehr viel durch praktische Selbsthilfe erreicht, wodurch den gesetzgebenden Instanzen heute schon Unterlagen geboten werden können, um dem so wichtigen Verufe die notwendige Staatshilfe angedeihen zu lassen. Im Stallschweizerberufe ist bis heute noch nicht mit einer ausgeprägten sozialdemokratischen Organisation zu rechnen, deshalb liegt wirklich alle Veranlassung vor, dafür zu sorgen, daß alle Schweizer sich dem christlich-nationalen Plauerer Bunde anschließen. An Unterstützungen und durch andere Wohltätigkeitsanstaltungen wurden den Mitgliedern wieder über 25 000 M zugeführt, ein Beweis, daß der Plauerer Bund segensreich gewirkt hat. Als Resümee darf ruhig behauptet werden, daß diese Tagung in aller Sachlichkeit verlaufen und darum ein Markstein in der Geschichte der Schweizerorganisation sein wird. Besonders wo der Zentralverbands-Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens, sich der Unterstützung des Stallschweizerberufes im Reichstoge annehmen wird.

Aus ausländischen Gewerkschaften

Dritter christlicher Gewerkschaftskongress in der Schweiz. Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz hielten am 11. und 12. Oktober in Luzern ihren dritten Kongress ab. An der zahlreich besuchten Tagung nahm als Vertreter der christlichen Gewerkschaften Deutschlands der Kollege Stegerwald teil, der zugleich der internationale Sekretär der christlichen Gewerkschaften ist.

Die Arbeiterorganisationsverhältnisse liegen in der Schweiz etwas eigenartig. Alle Organisationen mit sozialen Bestrebungen (Sozialdemokratie und christliche Gewerkschaften, katholische und evangelische Arbeitervereine und Arbeiterinnenvereine, katholischer Volksverein, Krankenkassen usw.) bilden den allgemeinen Arbeiterbund. Dieser erhält eine jährliche Beihilfe von 40.000 Franken von der Eidgenossenschaft. Leiter der Sekretär des Arbeiterbundes ist der bekannte sozialdemokratische Nationalrat Greulich. Daneben bilden die katholischen Arbeitervereine und Arbeiterinnenvereine und die christlichen Gewerkschaften den Zentralverband christlich-sozialer Arbeiterorganisationen. Diese zählen zusammen 28.000 Mitglieder. Die einzelnen christlichen Gewerkschaftenverbände sind weiter in dem christlichen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen.

Der Kongress beschloß zunächst eine größere finanzielle Selbstständigkeit gegenüber dem Zentralverband christlicher Arbeiterorganisationen. Die Diskussion über den Ausbau des Gewerkschaftsbundes hatte das Ergebnis, daß die Beiträge zu dem Bund erhöht werden. Die Anstellung von zwei eigenen Sekretären wurde beschlossen. Das Bundeskomitee soll in Zukunft so zusammengesetzt werden, daß alle Berufsverbände in demselben vertreten sind. Als Präsident und erster Sekretär wurde der Kollege G. Brielmaier, St. Gallen, einstimmig wiedergewählt.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils nahmen die eigentlichen Kongressverhandlungen ihren Lauf. Es wurden vier bedeutende Resolutions gehalten. Ueber „Die christlichen Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft“ redete Präsident Brielmaier. Wir kommen vielleicht noch auf den Vortrag zurück.

Der Vortrag: „Bildungsarbeit der christlichen Gewerkschaften“ wurde vom Kollegen J. Müller, Sekretär des Sozialarbeiterverbandes, gehalten. Dem Thema waren Leitfäden zugrunde gelegt, die darin gipfelten: Die christlichen Gewerkschaften erstreben sowohl die materielle Besserstellung, als auch die geistige Hebung des Arbeiterstandes. Eine der Vorbedingungen zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Schulung und Bildung des Arbeiters. Denn wenn der Arbeiter an der Hebung seines Standes mitarbeiten soll, dann muß er einen Einblick haben in das Getriebe unseres heutigen Wirtschaftslebens, und nur dann kann er die Bedürfnisse wahrnehmen, die sich für den Arbeiter aus demselben ergeben. Wir haben soziales Denken und soziales Verständnis unter der Arbeiterklasse zu verbreiten und zu pflegen. Um all den genannten Aufgaben gerecht zu werden, um systematische Bildungsarbeit leisten zu können, ist unbedingt ein zentraler Bildungsausschuss zu ernennen, der dann den Sektionen in allen Fragen, die dieses Gebiet berühren, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen hat.

Diese Sätze fanden einstimmige Annahme. Ueber „Die christlichen Gewerkschaften und Sozialpolitik“ referierte in sehr ausführlicher Weise Stadtrat Dr. Breitenbach aus Luzern. Das Referat und die Diskussion drehten sich hauptsächlich um die Schaffung eines schweizerischen Fabrik- und Gewerbegesetzes, sowie um die Forderung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung. „Die sittlichen Grundlagen der christlichen Gewerkschaften“ behandelte Herr Dr. Scheinwiller. Als solche bezeichnete er: 1. Die Religion. 2. Die Gerechtigkeit. 3. Die Solidarität oder christliche Liebe. 4. Die Mäßigkeit. 5. Der Familiensinn.

Es folgte noch ein markantes Wort der Aufmunterung und Begeisterung durch den Kollegen Stegerwald, worauf Präsident Brielmaier, mit einem Rückblick auf die Tagung und mit der Hoffnung, daß die gesagten Beschlüsse und gemachten Anregungen die schweizerischen christlichen Gewerkschaften wiederum einen kräftigen Schritt vorwärts bringen mögen, auf daß der heutige Tag wirklich ein Markstein der Entwicklung unserer Bewegung bilde, den Kongress schloß.

Soziale Wahlen

Die Ortskrankenkassenwahlen nehmen ihren Fortgang. Es kann eine Reihe weiterer Erfolge für die christlich-nationale Arbeiterklasse verbucht werden.

In der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hagen i. W. (Altfeld) konnte die zuerst angelegte Wahl wegen tumultuarischen Austritts nicht beendigt werden. Bei der erneuten Wahl am 12. Oktober wurden 15 christliche, 23 sozialdemokratische und 2 Hirsch-Dunder'sche Vertreter gewählt. Bisher waren die Krankenkassen in Hagen fast ausschließlich in sozialdemokratischen Händen. Für die Ortskrankenkasse 5 in Hagen i. W. wurden 15 christlich-nationale und 21 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Die christlichen Arbeiter steigerten ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Wahl um 56, während die Sozialdemokraten 25 Stimmen verloren.

Bei der Wahl für die Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Aurich (Ostfriesland) entfielen auf die christlichen Arbeiter 17 und auf die sozialdemokratische Richtung 23 Vertreter.

In Norden (Ostfriesland) stellen die christlichen Arbeiterorganisationen 9 und die sozialdemokratischen Gewerkschaften 21 Vertreter.

In Hameln wurden 24 christliche und 24 sozialdemokratische Krankenkassenauschussmitglieder gewählt.

Das Resultat hätte für die christlichen Arbeiter günstiger sein können.

In Uslar erhielt die sozialdemokratische Liste 89 Stimmen (6 Vertreter), die nichtsozialdemokratische Liste 143 Stimmen (10 Vertreter).

Eine Niederlage erlitten die Sozialdemokraten in Merseburg, wo sie bisher die Kasse völlig beherrschten. Sie erhielten jetzt bei 494 Stimmen 14 Vertreter, die Liste ihrer Gegner bei 339 Stimmen 10 Vertreter.

Für den Ausschuss der Ortskrankenkasse Waldbach (Pfalz) stellen die christlichen 16, die sozialdemokratischen Gewerkschaften 14 Vertreter.

In Virmasens (Pfalz) werden im Ausschuss der Ortskrankenkasse 18 christliche und 32 sozialdemokratische Vertreter sein.

Bei der Wahl in Ruhig (Westpr.) wurde die von christlich-nationaler Seite eingereichte Kandidatenliste als gewählt anerkannt, weil weitere Vorschläge nicht gemacht wurden.

In Heilsberg (Ostpr.) entfielen auf eine „amtliche“ Liste 230 Stimmen und 6 Vertreter, auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 252 Stimmen und 6 Vertreter. Die Wahl wird angefochten, weil mehrere Hundert Wähler von Gutsherrn auf Kosten der bisherigen Krankenkasse nach Heilsberg zur Wahl befördert wurden. Jeder Wähler bekam Jahrgeld 4. Klasse (2.20 Mk) und 3 Mk Entschädigung für Lohnausfall vergütet. Das ist ungesetzlich und wird die Ungültigkeitserklärung der Wahl zur Folge haben.

In Posen fanden am Dienstag, den 21. Oktober die Wahlen zu dem neu gebildeten Innungsschiedsgericht statt. Die Beteiligung hätte eine bessere sein können, denn von etwa 1800 Wahlberechtigten übten 572 ihr Wahlrecht aus. Um eine größere Zersplitterung zu vermeiden, hatte der christliche Bauarbeiterverband mit dem politischen Berufsverband ein Kompromiß geschlossen, indem von jeder Organisation ein Mitglied und ein Stellvertreter aufgestellt wurde. Auf die gemeinsame Liste des christlichen Bauarbeiterverbandes wurden 338 und auf die der sozialdemokratischen Gewerkschaften 234 Stimmen abgegeben. Somit siegen unsere Kandidaten mit 104 Stimmen Mehrheit. Die „Genossen“ gingen leer aus. Möge dieser schöne Erfolg für unsere Kollegen ein Ansporn sein, bei den am 6. November stattfindenden Krankenkassenwahlen auch voll und ganz ihre Pflicht zu erfüllen, damit wir auch da einen vollen Sieg verzeichnen können.

Auch in Bayern haben die christlichen Arbeiter zum Teil erfolgreich bei den Krankenkassenwahlen abgeschnitten. Bei der Wahl in Straubing entfielen auf die christliche Liste 1020 Stimmen und 11 Vertreter, auf die sozialdemokratische Liste 622 Stimmen und 7 Vertreter. Von letzteren erklärt eine gewählte Versickerer, daß sie zur christlich-nationalen Richtung gehöre. In Günzburg a. D. wurden 9 christliche und 3 Vertreter einer Gegenliste gewählt. In Memmingen wie in Landsbut stellen die christlichen Arbeiter 10 und die Sozialdemokraten ebenfalls 10 Vertreter. In Neustadt a. D. wurde eine Kompromißliste gewählt, die den Christlichen Zweidrittelmajorität gibt, desgleichen in Weichheim, wo 21 Christliche 11 Sozialdemokraten gegenüberstehen.

Ober-Ologau. Einen glänzenden Sieg in der Wahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Neustadt errang die christlich-nationale Arbeiterschaft. Von den 324 abgegebenen Stimmen entfielen auf die christlich-nationale Liste 249, auf die Gegenliste 75 Stimmen. Erstere erhalten 5 ordentliche Mitglieder und 4 Ersatzmänner, die zweiten ein ordentliches Mitglied und 2 Ersatzmänner.

In Jauer erhielten die vereinigten christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine 270 Stimmen und 17 Vertreter, die Sozialdemokraten 23 Vertreter. Die Kasse war bisher in sozialdemokratischen Händen.

In Görlitz stellen die christlich-nationalen Organisationen 14, die Sozialdemokraten 46 Vertreter zum Ausschuss der Ortskrankenkasse.

In Saarbrücken brachten die christlichen Arbeiter 104 Stimmen auf und stellen 16 Vertreter, gegen 1502 Stimmen und 24 Vertreter der Sozialdemokraten. Dieses Wahlergebnis ist für Saarbrücken sehr unbefriedigend. Nur 25 Prozent der Wahlberechtigten haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von den Nichtwählern sind jedenfalls die Mehrzahl christlich-nationale Klassenmitglieder, die durch ihr Verhalten den Sozialdemokraten den Vorprung verschafft haben.

Bei der Krankenkassenwahl in Donauwörth entfielen auf die christlichen Arbeiter 8 Vertreter und 16 Ersatzmänner, während die Sozialdemokraten 4 Vertreter und 8 Ersatzmänner stellen.

Für den Ausschuss der Ortskrankenkasse in Neufeld stellen die sozialdemokratischen Gewerkschaften 52 und die christlichen Arbeiter 8 Vertreter.

In Schönlaue erhielten: christliche Liste 441 Stimmen (21 Vertreter), Sozialdemokraten 198 Stimmen (9 Vertreter).

In a. b. Nahe: Christliche Arbeiter 11, Sozialdemokraten 9, Sacharbeiter 7 und Gelbe 3 Vertreter.

In Qualenbrück stellen die christlichen Gewerkschaften 10 und die Sozialdemokraten ebenfalls 10 Vertreter.

Bei der Ortskrankenkasse in Landau (Pfalz) erhielten die christlichen Arbeiter 17 Vertreter, die Sozialdemokraten und Hirsch-Dunder 21 und der Verein für Fraueninteressen 2 Vertreter.

Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse für den Kreis Marienberg (Hannover) erhielt die von den christlichen Arbeitern unterstützte Liste des Versicherungsamts amts 8 Vertreter, die sozialdemokratische Liste 4 Vertreter.

In Wiedenbrück wurden sämtliche Kandidaten der christlichen Gewerkschaften gewählt.

Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse Bochum-Sandkreis wurden gewählt: 11 Vertreter der christ-

lichen Arbeiter, 4 Vertreter der Sozialdemokraten und 5 Vertreter einer Sonderliste.

Für die Allgemeine Ortskrankenkasse Ebn-Dand stellen die christlichen Gewerkschaften 27, die sozialdemokratischen 13 Vertreter.

Bei der am 15. Oktober in Castrop getätigten Ausschusswahl der am 1. Januar neu zu errichtenden Innungskasse für das Baugewerbe für die Orte Castrop, Raunel, Havvinghorst, Jüden entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 106 Stimmen und 4 Vertreter, auf die der Rote 60 Stimmen und 2 Vertreter.

Bei der Krankenkassenwahl für das Baugewerbe, die am letzten Sonntag in Dortmund in der Bürgerhalle an der Kaiserstraße stattfand, wurden insgesamt 1445 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die christlichen Gewerkschaften 632 Stimmen und 9 Vertreter, die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften 797 Stimmen und 11 Vertreter. 16 Stimmen waren ungültig. Auf Grund dieses Ergebnisses werden beide Richtungen im Vorstande gleich stark vertreten sein, während, da bislang die Mehrheitswahl galt, die Sozialdemokratie die Kasse allein beherrschte. Das Resultat ist für die christlich-nationale Richtung in Anbetracht der Umstände, daß am Sonntag das große patriotische Fest gefeiert wurde und viele christlich organisierte Bauarbeiter verschiedenen Betriebskrankenkassen angehören, ein durchaus erfreuliches. Die Wahl hat zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben.

Bei der am Mittwoch erfolgten Ausschusswahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Ebing erhielt die christliche Liste 54 Stimmen, die der Sozialdemokraten 35.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauverträge, Submissionsergebnisse, sonstige Neuigkeiten im Baugewerbe und deren Aufnahm. Berichte über Bauverträge sind so schnell wie möglich einzufenden.)

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. Die Verschlechterung der Konjunktur findet ihren deutlichen Ausdruck in der starken Zunahme des Andranges am Arbeitsmarkt. Auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter kamen nämlich in den Monaten April bis August der Jahre 1907 bis 1913 durchschnittlich folgende:

	April	Mai	Juni	Juli	August
1907	110,26	103,67	104,17	110,18	108,80
1908	159,92	150,97	147,53	142,74	160,88
1909	126,35	112,25	155,79	147,92	160,55
1910	148,78	182,00	159,26	165,57	145,29
1911	128,91	116,34	124,86	117,75	125,38
1912	144,44	143,31	130,46	139,24	148,44
1913	193,21	212,15	185,33	197,50	219,41

In den einzelnen Berufsgruppen kamen in den Monaten Juli und August der Jahre 1912 und 1913 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Bewerber:

	1912	1913
	Juli	Aug.
Maurer, Buser, Stukkateure	147,89	160,87
Zimmerer, Treppenmacher	182,31	152,87
Maler, Anstreicher, Lackierer	125,49	131,44
Glaser	114,44	112,07
Uebrig gelesene Berufe	159,50	165,08
Erdarbeiter, Bau-Tageelöhner, Handlanger	159,08	142,60
	179,93	170,00

Natürlich ist die Lage des Arbeitsmarktes der Bauarbeiter in den einzelnen Landesstellen eine sehr verschiedene. In den wichtigeren preussischen Provinzen zeigte der Andrang in den Augustmonaten der Jahre 1910 bis 1913 folgende Höhe:

	1910	1911	1912	1913
Brandenburg mit Berlin	161,9	138,7	133,0	296,5
Pommern	130,0	176,5	145,9	150,0
Posen	124,4	117,1	123,3	127,3
Schlesien	108,7	122,8	145,6	191,1
Sachsen	175,5	174,7	135,0	167,2
Schleswig-Holstein	146,1	130,7	251,9	220,6
Hannover	139,8	101,7	115,0	160,0
Westfalen	80,8	80,3	112,5	131,1
Rheinland	214,6	178,0	202,4	253,3
Rheinland	113,4	126,7	145,2	156,8

Danzig. Durch die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe gezwungen, suchte und fand eine Anzahl Maurer, Zimmerer und Arbeiter auf der Schiffswerft Schichau Beschäftigung. Auch nachdem die Bautätigkeit sich etwas hob, blieben die Leute dort in der Voraussehung, den Winter über Beschäftigung zu haben. Unter anderen waren auch die Zimmerer Emil Dorzius und Heinrich Schiller dort in Arbeit getreten. Größlicher Leichtsinns hat den einen getötet, den anderen zum Krüppel gemacht. Zurzeit werden eine Anzahl mächtiger Schiffe gebaut, darunter auch ein 236 Meter langer Passagierdampfer („Columbus“). In diesem war auch der 33 Jahre alte Zimmerer Emil Brozius aus Joppot, Mitglied unseres Verbandes, beschäftigt. Am Donnerstag, als er bei seiner Arbeit war, traf ihn eine von zwei Fräsern herabgeworfene Bohle so unglücklich, daß sofort der Tod eintrat. Kurze Zeit vorher haben dieselben Fräser durch Herabwerfen eines Stückes Eisen einen anderen Arbeiter verletzt. D. hinterläßt eine Frau mit drei kleinen Kindern. Die Leiche wurde vom Staatsanwalt besichtigt. Der zweite Unglücksfall ist ebenfalls durch Unvorsichtigkeit herbeigeführt. Schiller war beim Ablauf beschäftigt. Ein Mitarbeiter nahm gegen die Anordnung seines Vorgesetzten einen Hock ab. Da er allein dieses nicht konnte, fiel der Hock um und traf den Schiller. Ein Bruch der Wirbelsäule war die Folge. Wann wird ein größerer Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter der Schiffswerften endlich einmal eingeführt?

Münster i. W. Am Sonnabend, den 25. Oktober, verunglückten auf dem Neubau des Baunternehmens Frz. Müller in der Blüchmittstraße vier Maurer und

